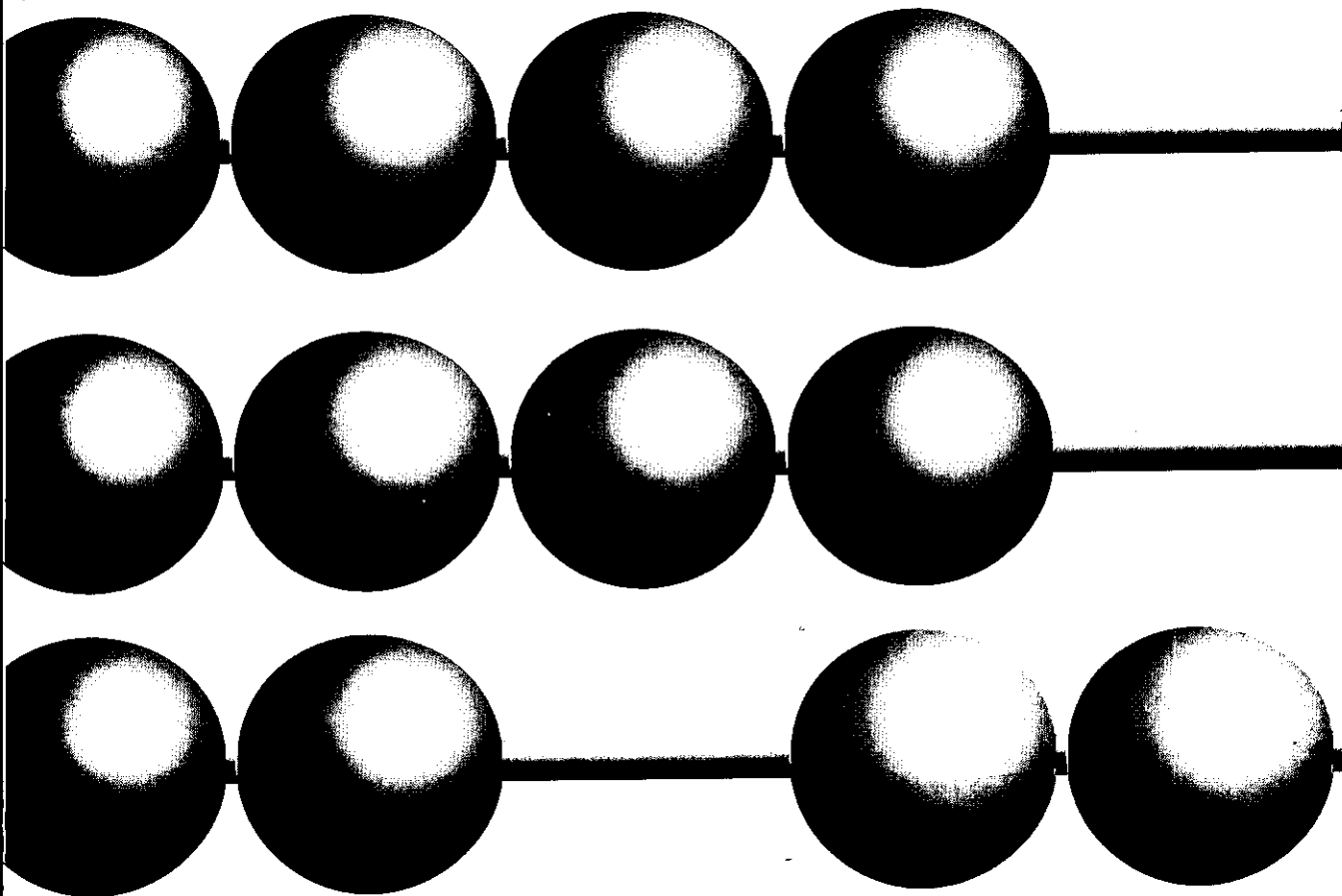


Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

45. Jahrgang, Heft 2
Februar 1993

Statistisches
Landesamt
Schleswig-Holstein

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen



**Statistische Monatshefte
Schleswig-Holstein**

Impressum

Herausgeber:

Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
Fröbelstraße 15-17
Postfach 1141
2300 Kiel 1

Telefon (0431) 6895-0
Telefax (0431) 6895 498
Btx * 444 50 #

Schriftleitung:

Bernd Struck
App. 286

Vertrieb:
App. 280

Druck:

Hugo Hamann, Kiel

Gedruckt auf chlorfrei
gebleichtem Papier

Erscheinungsfolge monatlich

Auflage 700

Einzelheft DM 3,--
Jahresbezug DM 30,--

Nachdruck,
auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe
gestattet.

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

45. Jahrgang

Heft 2

Februar 1993

INHALT

<i>Kurz gefaßt</i>	26
<i>Aufsatz</i>	
Das Regionalkonto Staat für lokale Gebietskörperschaften	27
<i>Entwicklung im Bild</i>	47

Beilage

Zahlenbeilage
Bestellkarte

Neu erschienen

Statistisches Jahrbuch Schleswig-Holstein 1991
Preis 25,- DM

Aussiedler 1992

1992 nahm Schleswig-Holstein 6 330 Aussiedler auf, dies waren 2 549 (67 %) mehr als 1991.

Wie aus der Verteilungsstatistik des Bundesverwaltungsamtes weiter hervorgeht, kamen 80 % der Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion, 19 % aus der Republik Polen und 2 % aus Rumänien und sonstigen Ländern.

Der Anteil Schleswig-Holsteins an den bundesweit aufgenommenen Aussiedlern stieg von 1,7 % im Jahre 1991 auf 2,7 % im Berichtsjahr.

Bevölkerungswachstum hält an

Im 1. Halbjahr 1992 nahm die Bevölkerung Schleswig-Holsteins um 12 100 Einwohner zu. Der Zuwachs ergab sich aus einem Wanderungsgewinn von 13 100 Personen und 14 200 Geborenen abzüglich 15 300 verstorbenen Einwohnern.

Nach diesem Halbjahresergebnis zu urteilen, dürfte die schleswig-holsteinische Bevölkerung im Jahre 1992 wiederum um mehr als 20 000 Einwohner zugenommen haben.

Blumen- und Zierpflanzenanbau in 439 Gartenbaubetrieben

1992 befaßten sich 439 Gartenbaubetriebe mit dem Anbau von Blumen und Zierpflanzen zum Verkauf. Die Zahl der Betriebe nahm in den letzten vier Jahren um 16 % ab. Sie bewirtschafteten 168 ha Freiland- und 94 ha Unterglasflächen. Die Vermehrungs- und Anzuchtflächen im Freiland wurden zugunsten der Flächen unter Glas gegenüber 1988 eingeschränkt.

Insgesamt wurden knapp 40 Mill. Blumen und Zierpflanzen unter Glas produziert, darunter allein 23,5 Mill. Topf- und Ballenpflanzen.

Während im Vergleich zum Jahr 1988 erheblich mehr Begonien und Weihnachtssterne erzeugt wurden, ging die Produktion von Alpenveilchen um ein Drittel zurück.

Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins 1992 nur wenig gewachsen

Das Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins, die Summe der hierzulande erzeugten Güter und Dienste, ist 1992 gegenüber dem Vorjahr nominal um 4,6 % auf 96 Mrd. DM gewachsen. Real, d. h. unter Ausschaltung der Preissteigerungen, ergab sich ein wirtschaftliches Wachstum von 0,2 %. Dies ergab eine erste vorläufige Berechnung des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Im alten Bundesgebiet ist das Bruttoinlandsprodukt nominal um 6,1 % und real um 1,5 % gewachsen.

In diesem Stadium der Berechnung geben die verwendeten Zahlen ein noch unsicheres Bild. Für Schleswig-Holstein kommt hinzu, daß ein großer Teil des Wachstumsabstandes zum alten Bundesgebiet auf Umsatzrückgängen in der Mineralölwirtschaft beruht, die sich wegen der starken Verbrauchsteuerbelastung im Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen weit überproportional niederschlagen. Der Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe ist von Januar bis Oktober 1992 gegenüber dem Vorjahr um 0,5 % gesunken (altes Bundesgebiet + 0,8 %). Im Baugewerbe lagen die Umsatzzuwächse unter denen des Bundes und auch unter der Teuerungsrate für Bauleistungen. Auch der Einzelhandel setzte real etwas weniger um als im Vorjahr (Januar bis Oktober - 0,7 %, altes Bundesgebiet - 3,0 %). Produktionsrückgänge gab es auch in der Landwirtschaft, kräftige Zuwächse dagegen in der Energieerzeugung (Januar bis Oktober + 4,9 %).

Der nur geringe Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts war begleitet von einer erfreulichen Arbeitsplatzentwicklung. Nach ebenfalls noch vorläufigen Berechnungen hat die Zahl der im Jahresdurchschnitt 1992 in Schleswig-Holstein Erwerbstätigen um 1,2 % zugenommen (altes Bundesgebiet 0,8 %).

Mit den ersten Zahlen für 1992 wird auch eine Aktualisierung zu den Werten der Vorjahre vorgelegt. Danach hatte es 1990 einen realen Zuwachs des schleswig-holsteinischen Bruttoinlandsprodukts von 5,2 % (Bund jetzt 5,1 %) gegeben, und 1991 waren es 3,8 % (Bund 3,7 %). Allerdings sind auch diese Zahlen noch vorläufig.

Das Regionalkonto Staat für lokale Gebietskörperschaften

Der Titel dieses Aufsatzes dürfte nur dem auf Anhieb etwa sagen, der in den statistischen Ämtern mit diesem Thema befaßt ist. Dem geneigten Leser sei deshalb vorweg in aller Kürze gesagt, daß hier eine aus finanzstatistischen Daten gespeiste Sonderaufbereitung der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen geschildert wird, die die statistischen Ämter des Bundes und der Länder für das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften durchführen. Der Schwerpunkt dieses Aufsatzes liegt mehr auf der Methodik als auf den Ergebnissen. Es geht dabei im wesentlichen um Regeln zur Verbuchung finanzwirtschaftlicher Vorgänge, und es soll herausgearbeitet werden, wie sich im Detail die Ergebnisse der Finanzstatistik in den nationalen und in den europäischen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen niederschlagen. Methodik meint hier nicht nur das „Kochrezept“ für die Ergebnisse, sondern auch das Zusammenwirken der drei statistischen Ebenen (Europäische Gemeinschaften, Bund und Länder), das — jedenfalls in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen — einen gewissen Pilotcharakter hat und zu diesem Aufsatz weit mehr Anreiz gab als der (noch) begrenzte statistische Erkenntniswert. Wenn aber — worauf im letzten Abschnitt eingegangen wird — in das Regionalkonto Staat nicht nur die lokalen Gebietskörperschaften, sondern komplett auch die zentralstaatlichen Komponenten Bund und Sozialversicherung einbezogen werden, dürften die Ergebnisse von hohem Interesse sein.

Von nationaler Statistik zum EG-Datenbedarf: Der Ansatz der Regionalkonten

Für sein Handeln benötigt der Staat Informationen, er führt dazu statistische Erhebungen durch. In demokratisch verfaßten Gesellschaften wird das üblicherweise gesetzlich geregelt, in der Bundesrepublik Deutschland im wesentlichen durch Bundesgesetze. In den letzten Jahren treten vermehrt auch die Europäischen Gemeinschaften als Nachfrager nach Statistik auf, manche Erhebung ist sogar durch EG-Recht angeordnet, manches statistische Ergebnis bereiten die statistischen Ämter der Mitgliedstaaten eigens für die EG auf. Aber nicht nur auf dem Gebiete der Landwirtschaft, wo man es we-

gen der Marktregulierungen auch erwartet, hat sie einen großen Einfluß auf das statistische Programm in ihren Mitgliedstaaten. Auch die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hat die EG¹ sehr stark geprägt, was sich in drei wesentlichen Punkten äußert:

- Das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG), eine an die Bedürfnisse der EG angepaßte Variante des System of National Accounts (SNA) der Vereinten Nationen, hat das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften zusammen mit den statistischen Ämtern der Mitgliedsländer federführend entwickelt und 1970 vorgelegt. Das ESVG ist für die Sozialproduktberechnungen der Mitgliedsländer verbindlich.
- 1988 hat die EG die Eigenmittelberechnung zur Finanzierung der Gemeinschaftslasten auf eine neue Grundlage gestellt. Nunmehr ist das Bruttosozialprodukt nicht nur für den alle Eigenmittelarten umfassenden Finanzrahmen die Bemessungsgrundlage (das EG-Haushaltsvolumen durfte 1992 1,20 % des Gemeinschafts-Bruttosozialprodukts nicht übersteigen), sondern auch für eine neben Zöllen, Agrarabschöpfungen und Mehrwertsteueranteilen vierte Quelle zur Finanzierung des EG-Haushaltes. Die sozialproduktabhängigen Eigenmittel sollen den relativen Wohlstand der Mitgliedstaaten stärker berücksichtigen.² Den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen kommt damit die Bedeutung einer nationalen Steuererklärung zu. Über die Rahmenregelung des ESVG hinaus hat die EG per inzwischen erlassener Richtlinie³ auf weitere Angleichungen der BSP-Berechnungen hingewirkt.

- 1) Dem allgemeinen Sprachgebrauch folgend wird die Abkürzung „EG“ hier singularisch gebraucht, obwohl sie für einen Plural (Gemeinschaften) steht
- 2) Bundesministerium der Finanzen, Finanzbericht 1993, S. 41
- 3) Richtlinie des Rates vom 13. Februar 1989 zur Harmonisierung der Erfassung des Bruttosozialprodukts zu Marktpreisen, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 49/26 vom 21. 2. 1989

- Auch an die regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stellt das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften oder Eurostat, wie es sich im Kürzel nennt, besondere Anforderungen, denn Eurostat wird seinerseits mit dem Datenbedarf verschiedener Dienststellen der EG-Kommission für Zwecke der gemeinsamen Regional-, Sozial-, Struktur-, Wettbewerbs- oder Agrarpolitik konfrontiert. Diese Anforderungen sind 1972 im „Europäischen System Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen — Regionale Anwendung (ESVG-REG)“ festgelegt worden.⁴ Daraus ist das Konzept der regionalen Konten entwickelt worden, später auch eine regionale Landwirtschaftliche Gesamtrechnung.

Die regionalen Konten — auf sie beschränken sich die weiteren Ausführungen — sollen flächendeckend für die EG inhaltlich und methodisch homogene Informationen für kleinere Räume bereitstellen. „Regional“ meint hier vor allem die Ebenen I und II nach der „Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS)“⁵, was in der Bundesrepublik Deutschland den Bundesländern (Ebene I) und den Regierungsbezirken (II) entspricht. Im heutigen Bundesgebiet gibt es 29 Regierungsbezirke sowie acht kleinere Bundesländer und Stadtstaaten, die wie Schleswig-Holstein keine Regierungsbezirke haben und so gleichzeitig Regionaleinheit der Ebene II sind. Die Datenproduktion für die Regionalkonten richtet sich zur Zeit noch auf jene Jahre, in denen neue Bundesländer nicht zu berücksichtigen waren. Das Europa der Zwölf hat 71 Gebietseinheiten der Ebene NUTS I und 183 der Ebene NUTS II.⁶

Der Begriff „Konto“ steht für eines der Darstellungskonzepte der VGR. Deren kreislaufanalytische Stringenz, gesamtwirtschaftlich ausgerichtete Methodik, Terminologie und Optik sollen beachtet bleiben, auch wenn das Konto regional wie thematisch nur der Partialanalyse dient.

Regionale Konten gibt es nach Produktionsbereichen (also in wirtschaftlicher Gliederung) und nach Sektoren. Regionale Sektorkonten sind bisher für die privaten Haushalte und den Staat aufgestellt worden. Der

Staat wird in der regionalen Anwendung des ESVG doppelt berücksichtigt, denn die Produktion nichtmarktbestimmter Dienste ist auch einer der Produktionsbereiche.⁷ Für die Zwecke der EG liefert das Sektorkonto mit den redistributiven und den investiven Transaktionen besonders bedeutsame Daten.

Der Bedarf an statistischen Informationen über die Haushaltsmittel der Mitgliedstaaten, die für regionalpolitische Maßnahmen verwendet werden, ist vom Europäischen Parlament und von der EG-Kommission mehrfach artikuliert worden, so 1984 in der (novellierenden) Verordnung des Rates über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)⁸. In deren Artikel 2 heißt es: „Die Mitgliedstaaten unterrichten die Kommission nach Möglichkeit über die wesentlichen öffentlichen Maßnahmen in ihrem gesamten Staatsgebiet, die das regionale Gleichgewicht beeinflussen können, und informieren sie über die nach Gebieten aufgeschlüsselten öffentlichen Investitionsausgaben.“ Die Verordnung konkretisiert die Berichterstattung auf ein vom Ausschuß für Regionalpolitik 1976 ausgearbeitetes Schema der Regionalentwicklungsprogramme, in dem für die erforderlichen Informationen Einnahme- und Ausgabeposten vorgesehen sind.⁹

Für das Regionalkonto Staat hat das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein eine besondere Zustän

4) Das ESVG-REG ist nach Vorarbeit einer Expertengruppe im Mai 1972 in Marseille von den Leitern der nationalen statistischen Ämter verabschiedet worden. Es ist ein nur 17 Seiten umfassendes, unveröffentlichtes Arbeitspapier (EG-Dok. 3209/St/72d).

5) Die Abkürzung steht für den französischen Titel: Nomenclature des unites territoriales statistiques

6) J. Recktenwald, Grundlagen und Perspektiven der Regionalstatistik in Europa, in: Bundesanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.), Raumforschung und Raumordnung, Heft 6/1991

7) Ergebnisse nach homogenen Produktionsbereichen werden von der EG auf der Ebene NUTS I (Bundesländer) und NUTS II (Regierungsbezirke) in einer recht tiefen 17er-Gliederung benötigt und unter dem Titel „Regionale Konten ESVG, Aufgegliederte Tabellen nach Produktionsbereichen“ auch (unregelmäßig) veröffentlicht. Die Ergebnisse für die Bundesrepublik Deutschland weisen dort allerdings Lücken auf, denn die VGR der Länder kann ihre Daten derzeit nur auf Länderebene und auch nur nach sechs Produktionsbereichen gliedern. Das liegt u. a. daran, daß die nationale deutsche VGR die Produktionsbereiche als Gliederungs- und Darstellungseinheit nur in den Input-Output-Rechnungen verwendet, ansonsten wirtschaftlich nach dem Schwerpunkt des Unternehmens gliedert. Diesem „Unternehmenskonzept“, bei dem die Ergebnisse nach Wirtschaftszweigen auch zweigfremde Nebenaktivitäten von Unternehmen mit heterogener Produktpalette enthalten, folgt auch die VGR der Länder. Und deren schätzweise Umrechnung in homogene Produktionsbereiche ist nur begrenzt möglich. Lücken gibt es aber auch bei anderen Mitgliedstaaten.

8) Verordnung (EWG) Nr. 1787/84 des Rates vom 19. Juni 1984, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 169 vom 28. Juni 1984. Die Regionalfonds der EG sind 1988 erneut reformiert worden.

9) Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften C 69 vom 24. März 1976

digkeit, auf die noch einzugehen ist. Dieses Konto steht deshalb in der folgenden Schilderung im Vordergrund. Es soll eine dokumentarische Lücke geschlossen werden, denn Ergebnisse des Regionalkontos Staat wie auch anderer Regionalkonten sind in deutschen statistischen Quellen noch nicht veröffentlicht worden.¹⁰ Der vorliegende Aufsatz verweist häufiger, als das sonst in dieser Zeitschrift üblich ist, auf Bemerkungen in Fußnoten.

Die nationale deutsche VGR, die das Statistische Bundesamt aufstellt und die für den Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder methodisch maßgeblich ist, unterscheidet sich in manchen Punkten von der streng ESVG-orientierten Darstellung, die Eurostat für seine Mitgliedstaaten veröffentlicht. Einige dieser Unterschiede nennt dieser Aufsatz, ohne jeweils zu wiederholen, was hier generell vorbemerkt wird: Das Statistische Bundesamt stellt nach entsprechenden Umrechnungen Eurostat Zusatztabellen zur nationalen VGR bereit, damit Eurostat daraus die Zahlen streng nach dem ESVG-Konzept entwickeln kann. Die Methodik des Regionalkontos Staat folgt, auch das sei vorweg eingeflochten, nicht der der nationalen VGR, sondern dem strengen ESVG-Konzept. Die Abweichungen des Analyseschemas vom ESVG-Konzept, die im folgenden Abschnitt dargestellt werden, entsprechen EG-Vereinbarungen. Sie dürfen nicht mit den Unterschieden zwischen nationalem und strengem ESVG-Konzept verwechselt werden.

Vom ESVG zum Analyseschema: Der methodische Rahmen

Das ESVG bildet eine einheitliche, nach verschiedenen Gesichtspunkten gegliederte Gesamtheit von Konten und Tabellen, die einen systematischen, vergleichbaren Überblick über die Tätigkeit der Volkswirtschaft der einzelnen Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaften ermöglichen sollen.¹¹ Es ist durch die Verwendung von zwei verschiedenen Arten von Einheiten und Aufteilungsformen der Volkswirtschaft gekennzeichnet:

- Für die Darstellung des Produktionsprozesses sowie des Zusammenhangs von Aufkommen und Verwendung von Gütern und Diensten wird nach den bereits erwähnten Produktionsbereichen gegliedert. Auf sie soll hier nicht weiter eingegangen werden.

- Die Einkommen und ihre Verwendung sowie die rein finanziellen Ströme werden nach Sektoren dargestellt. In ihnen werden institutionelle Einheiten mit allen ihren Tätigkeiten zusammengefaßt.

Für die inländischen Sektoren kennt das ESVG eine Sequenz von sieben Konten, wovon eines, das Waren- und Dienstleistungskonto, für die gesamte Wirtschaft gilt und keinen Saldo aufweist und ein anderes, das Finanzierungskonto, für den hier dazustellenden Zusammenhang außer acht gelassen werden kann. Die übrigen fünf Konten für Produktion, Einkommensentstehung, -verteilung und -verwendung sowie Vermögensveränderung sind für den Staat hier in T-Kontenform dargestellt.¹² Dabei sind gegenüber der originären ESVG-

12) Der Kontenrahmen der nationalen deutschen VGR ist gegenüber dem des ESVG differenzierter. Das Statistische Bundesamt weist für die Umverteilung der Einkommen, die das ESVG unter Einkommensverteilung subsumiert, ein eigenes Konto aus, die Salden des Einkommensverteilungskontos im engeren Sinne (ohne Transaktionen der Umverteilung) stellen die Anteile der Sektoren am Volkseinkommen dar.

Außerdem ist der Saldo des Einkommensentstehungskontos nicht wie im ESVG der Bruttobetriebsüberschuß, sondern die Abschreibungen werden als eigener Posten ausgewiesen, und den Saldo bildet die Nettowertschöpfung zu Faktorkosten, von der der Nettobetriebsüberschuß nur ein Teil ist.

Bei den Konten des Staates sieht das Statistische Bundesamt auch implizit keinen Betriebsüberschuß vor. Einen Betriebsüber- oder -unterschluß kann der Staat nur bei der Produktion von Waren und marktbestimmten Dienstleistungen „erwirtschaften“, und die kommen im Sektor Staat der VGR des Statistischen Bundesamtes nur als Nebentätigkeit von Einheiten vor, die in ihrem Schwerpunkt nichtmarktbestimmte Dienstleistungen erzeugen (Ziffer 314 ESVG). Beispiele wären die Herausgabe des Jahrbuchs eines statistischen Amtes oder der Betrieb eines Schwimmbades, das von einer Gemeinde als Regiebetrieb geführt wird. Diesen Nebentätigkeiten wird kein spezieller Produktionswert zugeordnet. Der gesamte Produktionswert eines staatlichen Teilsektors entspricht seinen gesamten Kosten (Vorleistungskäufe und Wertschöpfungsbestandteile). Der die Verkäufe überschreitende Produktionswert wird global als Staatsverbrauch dargestellt.

Dies hat aber relativ geringe Bedeutung, denn wo der Staat in Gestalt sogenannter öffentlicher Wirtschaftsunternehmen in größerem Umfang am Markt auftritt, wird diese Aktivität dem Unternehmens- und nicht dem Staatssektor zugeordnet. Zur Behandlung der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen siehe „Die Regionalisierung des Zentralstaates in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ in Heft 2/1992 dieser Zeitschrift, S. 35.

10) Auch Eurostat hat diese Zahlen bisher nicht veröffentlicht, sondern nur für den internen Dienstgebrauch verwendet.

11) Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, Hrsg.: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, 2. Auflage 1979, S. 9

Aufsätze

Die Konten des Sektors Staat im ESVG — vereinfacht, ohne Finanzierungskonto —

Produktion

Vorleistungen <i>Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen</i> <i>Abschreibungen</i> <i>Nettowertschöpfung z. M.</i>	Produktion von Waren und Diensten für den Markt für selbsterstellte Anlagen nichtmarktbestimmt
---	---

Einkommensentstehung

Geleistete Einkommen aus unselbständiger Arbeit tatsächlich gezahlt unterstellte Sozialbeiträge Geleistete Produktionssteuern <i>Bruttobetriebsüberschuß</i> <i>Abschreibungen</i> <i>Nettobetriebsüberschuß</i>	Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen
--	-------------------------------------

Einkommensverteilung

Geleistete Vermögenseinkommen Zinsen auf die öff. Schuld Schadenversicherungs-Nettoprämien Geleistete Subventionen Sozialleistungen Sonstige geleistete laufende Übertragungen <i>Verfügbares Bruttoeinkommen</i> <i>Abschreibungen</i> <i>Verfügbares Nettoeinkommen</i>	Bruttobetriebsüberschuß Empfangene Vermögenseinkommen Zinsen, Pachten u. ä. Ausschüttungen Empfangene laufende Steuern Empfangene Sozialbeiträge tatsächlich gezahlte unterstellte Schadenversicherungsleistungen Sonstige empf. lauf. Übertragungen
---	--

Einkommensverwendung

Staatsverbrauch <i>Bruttoersparnis</i> <i>Abschreibungen</i> <i>Nettoersparnis</i>	Verfügbares Bruttoeinkommen
---	-----------------------------

Vermögensveränderung

Bruttoanlageninvestitionen Vorratsveränderung Nettoerwerb von Grundstücken Geleistete Investitionszuschüsse Sonstige geleistete Vermögensübertragungen <i>Finanzierungsüberschuß (+) bzw. -defizit (-)</i>	Bruttoersparnis Empfangene vermögenswirksame Steuern (z. B. Erbschaftst.) Empfangene Investitionszuschüsse Sonstige empfangene Vermögensübertragungen
---	--

Darstellung¹³ einige Positionen zusammengefaßt, einige unbedeutende weggelassen und einige in ihrer Bezeichnung der deutschen VGR-Terminologie angenähert. Die Saldopositionen der Konten sind kursiv geschrieben. Wie unmittelbar zu erkennen ist, steht der Saldo stets links und wird auf der rechten Seite des in der Sequenz folgenden Kontos gegengebucht.

Die Konten sind im ESVG für den Staat insgesamt aufzustellen, außerdem für seine Teilsektoren

- Zentralstaat,
- lokale Gebietskörperschaften und
- Sozialversicherung

mit ihrem nationalen Gesamtwert. Wie diese Kosten zu regionalisieren wären, ist im ESVG nicht dargestellt.¹⁴ Zum Zentralstaat zählt in Deutschland nicht nur der Bund, sondern das ESVG rechnet ausdrücklich auch die Verwaltungen der Bundesländer dazu.¹⁵

Der Kontenrahmen enthält in der Einkommensverteilung bei den Vermögenseinkommen, Steuern, Sozialbeiträgen und Übertragungen auch die intrastaatlichen Ströme zwischen den Teilsektoren. In der nationalen deutschen VGR wird auch die Produktion der staatlichen Krankenhäuser zu einem großen Teil innersektoral gegengebucht: Die Krankenkassen (Sozialversicherung) kaufen die Gesundheitsleistungen für ihre Versicherten. Auf dem Produktionskonto der Sozialversicherung sind die Leistungen der Krankenhäuser (so weit auf Krankenschein erbracht) Vorleistungen und in gleicher Höhe auch Produktionswert.¹⁶

Die Sektorkonten des Staates im ESVG liefern Zahlen vor allem zu seiner ökonomischen Verflechtung mit dem Rest der Volkswirtschaft und der übrigen Welt. Sie sollen den makroökonomischen Kreislauf abbilden und den Anteil des Staates an den gesamtwirtschaftlichen Aggregaten sichtbar machen. Der im Aufbau für alle Sektoren gleiche Kontenrahmen ist ein enges Korsett. Für eine tiefgehende Analyse der Aktivitäten des Staates selbst — etwa nach seinen verschiedenen Aufgaben-

bereichen — reichen die Konten des ESVG nicht aus. Es wird sogar angemerkt, daß die Kontensalden des Sektors Staat aussageschwächer seien als die des Unternehmenssektors und in ihrer für alle Sektoren einheitlichen Bezeichnung obendrein irreführend. So wird u. a. kritisiert,

- daß der Wert der vom Staat unentgeltlich erbrachten Leistungen über die Kosten ermittelt wird und bei Zunahme dieser Kosten nicht etwa der Betriebsüberschuß sinkt, sondern — was faktisch der Annahme totaler Preisüberwälzung gleichkommt — in gleicher Höhe Produktionswert und Staatsverbrauch steigen,
- daß am zusammengesetzten Begriff „verfügbares Einkommen“ beide Wörter nicht träfen, denn der Staat erziele sein Einkommen nicht oder so gut wie nicht aus ökonomischer Tätigkeit, sondern aus Umverteilung, und die Einnahmen des Staates ließen sich — anders als bei den nichtstaatlichen Sektoren — nicht in „verfügbar“ und „nicht verfügbar“ trennen, weil das Kriterium dafür (Zwangsabgabe an den Staat) für den Staat selbst nicht greife, denn der könne sich ja nicht selbst „zwingen“;
- daß der Begriff „Ersparnis“ des Staates suggeriere, daß der Staat einen Konsumverzicht leiste, wenn er statt kurzlebiger langlebige Güter kaufe, und dies passe nicht zur Behandlung der privaten Haushalte, die ex definitione auch langlebige Güter nur konsumieren können.¹⁷

Aber nicht nur wegen dieser Kritik ist von der EG speziell für den Staat die Methodik für eine Zusatzanalyse entwickelt worden, die die Basisinformationen der ESVG-Kontensequenz nutzt, kontenmäßig aber umgruppiert und teilweise tiefer darstellt. Das Kontenschema der Zusatzanalyse geht auf dieselbe gedankliche Quelle zurück wie das regionale Staatskonto: Eine „Arbeitsgruppe für den Haushaltsvergleich“ der EG-Kommission hatte 1975 ein „Darstellungsschema der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen“ vorgelegt, in dem die Transaktionen des Staates ökonomisch klassifiziert und die Verbuchungsregeln dargelegt sind.¹⁸

Im Gegensatz zum Regionalkonto Staat ist das Analyseschema der Einnahmen und Ausgaben seit vielen Jahren in den EG-Veröffentlichungen dokumentiert und

13) ESVG, a.a.O., S. 212f.

14) Die deutschen regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen präsentieren sich nur als Tabellen und nicht als Konten, weil es für viele Positionen des ESVG-Kontenrahmens keine Regionalinformationen gibt. Zu Methoden und Problemen regionaler Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, so auch der Titel des Aufsatzes, siehe Heft 7/1990 dieser Zeitschrift.

15) ESVG, a.a.O., S. 32.

16) Die staatlichen Gesundheitsleistungen werden in der deutschen VGR anders als im ESVG behandelt. Siehe dazu auch „Die Sozialversicherung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“, Heft 3/1988 dieser Zeitschrift.

17) Diese Kritik ist zusammengefaßt bei D. Brümmerhoff, Finanzwissenschaft, 5. überarb. und erw. Auflage, München und Wien 1990, S. 27f.

18) Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen, Brüssel, Oktober 1975, nicht veröffentlichtes Arbeitspapier, EG-Dokument II/732/75-D

dort mit Zahlen für die Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene gefüllt.¹⁹ Es liefert die nationalen Eckwerte, auf die die regionalen Konten in ihrer Summe abgestimmt sein müssen. Deshalb wird hier zunächst die Methodik der Zusatzanalyse näher beschrieben:

Die Zusatzanalyse (synonym: das Analyseschema) leitet über auf die pagatorischen Begriffe „Einnahmen“ und „Ausgaben“, die es in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für andere Sektoren als den Staat nicht gibt. Und dieses Schema der Einnahmen und Ausgaben macht die großen wirtschaftlichen Kategorien in einer Form sichtbar, die den Sachverständigen der öffentlichen Finanzen vertrauter ist.²⁰ Die Bewertungsprinzipien des ESVG für die Transaktionen gelten unverändert. Sie bilden das Geländer, an dem entlang die Angaben aus den öffentlichen Haushalten der Mitgliedstaaten, die als solche nicht vergleichbar wären, analytisch nutzbar gemacht werden.

Das Analyseschema unterscheidet sich von der reinen VGR-Darstellung des ESVG-Kontenrahmens dadurch, daß es

- alle laufenden nichtfinanziellen Transaktionen in nur einem Konto darstellt,
- die finanziellen Transaktionen gesondert behandelt und
- die innersektoralen Transaktionen stärker konsolidiert.

Dies soll im einzelnen und allein für die laufenden nichtfinanziellen Transaktionen weiter betrachtet werden: Wertschöpfung, Betriebsüberschuß und verfügbares Einkommen — in den ersten drei Konten der ESVG-Sequenz die Saldogrößen — sind im Einheitskonto des Analyseschemas für die laufenden nichtfinanziellen Transaktionen durch Konsolidierung verschwunden, ebenso die nicht tatsächlichen, sondern nur unterstellten Ausgaben (Abschreibungen, fiktive Sozialbeiträge der Beamten).

Daß die Abschreibungen ausgeschaltet werden, hat für das Einheitskonto der Einnahmen und Ausgaben einen kontoverkürzenden wie auch einen kontoverlängernden Effekt. Die Abbuchung der Abschreibungen auf das vom Staat für seine Tätigkeiten unmittelbar genutzte Sachkapital kürzt die laufenden Ausgaben des Staates ebenso wie seine vermögenswirksamen Einnahmen. Für das staatliche Vermögen, das in Aktiva von öffentlichen Wirtschaftsunternehmen steckt (sie rechnen ja nicht zum Sektor Staat), bedeutet die Ausschaltung der

Abschreibungen, daß sich die laufenden Einnahmen (nämlich die aus Vermögen) ebenso wie die vermögenswirksamen Ausgaben des Staates erhöhen. Die laufenden Einnahmen des Staates aus seinen Wirtschaftsunternehmen werden nämlich mit den entsprechenden laufenden Ausgaben und eben den Abschreibungen saldiert. Die vermögenswirksamen Ausgaben des Staates in bezug auf seine öffentlichen Unternehmen werden saldiert und mit eventuellen vermögenswirksamen Einnahmen aus solchen Unternehmen und auch hier den Abschreibungen und als geleistete Vermögensübertragungen nachgewiesen.²¹ Zum besseren Verständnis dieser Zusammenhänge soll der Exkurs über die Behandlung der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen in der VGR am Ende dieses Aufsatzes dienen.

Der Staatsverbrauch, also der unentgeltlich abgegebene Teil des Produktionswertes des Staates, wird beim Einkommensverwendungskonto auf der linken und beim Produktionskonto auf der rechten Seite (nichtmarktbestimmte Dienstleistungen) gestrichen. Die übrigen Komponenten staatlicher Produktion von Waren und Diensten, nämlich der verkaufte Teil davon und die in staatliches Anlagevermögen eingehenden Waren und Dienste (selbsterstellte Anlagen)²², werden auf der Ausgabenseite mit negativem Vorzeichen gebucht, so daß sie auf der rechten Seite des Produktionskontos verschwinden und die Summe aus Personalausgaben, Produktionssteuern und Käufen des Staates für die laufende Produktion auf denjenigen Betrag reduziert ist, der ihrem Beitrag zum Staatsverbrauch entspricht. Die Aufteilung dieses verbleibenden Betrages auf Personalausgaben und Käufe ist nicht bekannt, weil die Verkäufe und auch die selbsterstellten Anlagen nur unaufgeteilt abgezogen werden können.

Der Staatsverbrauch und die selbsterstellten Anlagen sind also nicht mehr wie im ESVG-Kontenrahmen doppelt gebucht (über die inputs wie den output), sondern nur noch einfach und der Staatsverbrauch auch nur in Höhe der tatsächlichen Ausgaben. Die selbsterstellten Anlagen sind im Einheitskonto nur noch als Bruttoanlageinvestitionen vertreten.

Letztlich ergibt sich unter Einschluß auch der vermögenswirksamen Einnahmen und Ausgaben und unter Verwendung der in einem früheren, auch deutschsprachigen Band der Quellenreihe gewählten Buchungstexte folgendes Konto:

- 21) H. Essig, Finanzierungssalden für den öffentlichen Bereich in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und in der Finanzstatistik, in: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 6/1990.
- 22) Dies sind weniger die Leistungen von staatlichen Bautrupps, sondern vor allem die der Bauämter, die anteilig in die Zahlen für die öffentlichen Hoch- und Tiefbauten eingehen.

19) Eurostat, *General Government Accounts and Statistics 1979 - 1987*, Luxemburg 1990.

20) ebenda, S. VII

**Buchungsschema für die Analyse der Ausgaben und Einnahmen
des Staates (nationale Ebene)**

— Zahlen: lokale Gebietskörperschaften in der
Bundesrepublik Deutschland 1986 in Millionen DM —

Soll	Haben	
87 790 TATSÄCHLICHE LAUFENDE AUSGABEN	TATSÄCHLICHE LAUFENDE EINNAHMEN	105 160
davon:	davon:	
44 380 tatsächliche Ausgaben für Einkommen aus unselbständiger Arbeit sowie für Waren und Dienstleistungen	laufende Steuereinnahmen tatsächliche Sozialbeiträge	60 350 -
7 200 Einkommen aus Unternehme- rätigkeit und Vermögen und Schadensversicherungs- Nettoprämien	Einkommen aus Unternehme- rätigkeit und Vermögen und Schadensversicherungs- leistungen	5 790
36 210 Subventionen und einseitige laufende Übertragungen, anderweitig nicht genannt	Subventionen und sonstige einseitig laufende Übertragungen (a.n.g.)	39 020
	<i>Zwischensaldo: Bruttoersparnis</i>	17 370
34 620 VERMÖGENSWIRKSAME AUSGABEN	VERMÖGENSWIRKSAME EINNAHMEN	17 990
davon:	davon:	
29 480 letzte vermögenswirksame Ausgaben	vermögenswirksame Steuern	-
5 140 Vermögensübertragungen	Vermögensübertragungen anderweitig nicht genannt	17 990
	<i>Gesamtsaldo: Finanzierungsüberschuß</i>	740

Quelle: Eurostat, General Government Accounts and Statistics 1970 — 1987, Luxemburg 1990

Mit den vermögenswirksamen Ausgaben sind vor allem die Anlageinvestitionen des Staates und die von ihm geleisteten Investitionszuschüsse an Unternehmen gemeint, nicht jedoch Darlehensgewährungen, Schuldtilgungen und Beteiligungserwerb, die zu den Finanzierungsvorgängen gehören. Als vermögenswirksam gelten von den Steuern heute nur noch diejenigen auf Erbschaft und Schenkung (sie stehen dem Land zu). Früher hatte auch der Bund vermögenswirksame Einnahmen aus Ablösungsbeträgen beim Lastenausgleich. Für die kommunale Ebene wird im Buchungsschema dort ebenso wie bei den tatsächlichen Sozialbeiträgen, die auf der Einnahmeseite nur bei der Sozialversicherung auftauchen können, ein Strich ausgewiesen.

Von Landes- über Bundesamt zu Eurostat: Der institutionelle Rahmen

Daß die hier beschriebenen Regeln der Klassifikation und der Verbuchung von Transaktionen des Staates auch für dessen regionale Darstellung gelten sollten, hat Eurostat auf einer Sitzung der Arbeitsgruppe „Volkswirtschaftliche Konten und statistische Indikatoren auf regionaler Ebene“ im November 1977 vorgeschlagen. Zwei Jahre zuvor hatte es schon einen ersten Impetus von Eurostat gegeben, diese Arbeitsgruppe zu einem breiteren als 1972 zunächst vereinbarten Regionalnachweis des Staates zu bewegen. Im April 1972 hatte die Arbeitsgruppe beschlossen, die Bruttoanlageinvestitionen des Sektors Staat und seine Investitionszuschüsse regional aufzubereiten und damit seinen Einfluß auf die regionale Entwicklung zu zeigen. Dies deckte sich mit dem Inhalt des bereits erwähnten ESVM-REG, in dem festgelegt worden war, daß der Regionalnachweis nach Sektoren angewandt werden solle

- bei den privaten Haushalten auf die Berechnung ihres verfügbaren Einkommens und ihres letzten (privaten) Verbrauchs und
- beim Staat auf die Bestimmung der Bruttoanlageinvestitionen und der Investitionszuschüsse.

Das ESVM-REG hatte 1972 sogar ausdrücklich festgestellt, daß eine regionale Aufgliederung des Kollektivverbrauchs des Staates nach den für die nationale Ebene im ESVM (Ziffer 333) festgelegten Bestimmungen nicht durchführbar zu sein scheine.²³ Eurostat hatte sich vor allem durch die Gründung des Regionalfonds EFRE im Jahre 1975 und die daraus resultierenden Datenanforderungen veranlaßt gesehen, die Position von 1972 zu verlassen.

²³) ESVM-REG, a.a.O., S. 2f.

Mit dem Thema Regionalkonto Staat hat sich diese für die EG-Regionalstatistik zuständige Arbeitsgruppe, die in der Regel jährlich tagt und der Experten aus allen Mitgliedstaaten angehören, bis in die Gegenwart immer wieder beschäftigt. Für die meisten Mitgliedstaaten der EG sind für die Jahre 1977 und 1979 Machbarkeitsstudien und erste Rechnungen durchgeführt worden, für die Bundesrepublik Deutschland vom Statistischen Bundesamt. Als Eurostat wiederholt um eine regelmäßig jährliche Lieferung dieser Daten gebeten hatte, drängte das Statistische Bundesamt seinerseits den Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, diese Berechnungen zu übernehmen, denn nach dem föderalen Aufbau auch der amtlichen Statistik und den entsprechenden Vereinbarungen zwischen den Ämtern seien für Regionalberechnungen die statistischen Landesämter zuständig.

Für den Arbeitskreis VGR der Länder, dem außer den statistischen Landesämtern auch das Statistische Bundesamt und das Statistische und Wahlamt Frankfurt angehören, war diese Forderung zunächst problematisch, denn sein Programm deckt bei weitem nicht alle Gebiete der nationalen VGR ab. So können vor allem die Transaktionen mit der „übrigen Welt“, zu der ja für die Länder auch das übrige Bundesgebiet gehört, nicht nachgewiesen werden. Weil der Buchungskreislauf nicht geschlossen werden kann, fehlt eine Kontodarstellung völlig. Auch ein Konto der Einnahmen und Ausgaben des Staates gibt es nicht, nicht einmal die Begriffe Einnahmen und Ausgaben. Das Regionalkonto Staat war also nicht wie auf nationaler Ebene einfach per Zusatztable aus bereits bestehender Rechnung zu speisen, sondern es stellte ein Rechenprojekt sui generis dar.

Hinzu kam, daß der Arbeitskreis VGR der Länder seit eh und je auf eine Weise arbeitsteilig organisiert ist, bei der sich zu diesem Thema die im öffentlichen Dienst stets elementare Frage der Zuständigkeit stellte: Jedes Land hat sich auf ein Teilgebiet der regionalen VGR spezialisiert und rechnet dort die Ergebnisse für alle anderen Bundesländer mit. Das im Arbeitskreis federführende Landesamt Baden-Württemberg kompiliert die Ergebnisse der sog. „Koordinierungsgebiete“ zu konsistenten, mit der Bundesrechnung abgestimmten Zeitreihen. Die Aufgabe der regionalen Konten des Staates berührt inhaltlich mehrere dieser Koordinierungsgebiete, aber auf das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein kam eine Art Schlüsselrolle zu, weil es für die Entstehungsrechnung im Wirtschaftsbereich Staat — also für die Aggregate des Produktionskontos — und für die Ermittlung des Staatsverbrauchs zuständig ist.

Schematisiertes Tabellenprogramm für das Eurostat-Projekt
Regionalkonto Staat

A.	Tatsächliche laufende Ausgaben
B.	Vermögenswirksame Ausgaben darunter: Bruttoanlageinvestitionen Investitionszuschüsse
A + B	
A.	Tatsächliche laufende Einnahmen
B.	Vermögenswirksame Einnahmen
A + B	

Als Tab. 1 für lokale Gebietskörperschaften (Gemeinden, Kreise, Gemeindeverbände) nach Ländern und Regierungsbezirken

Als Tab. 3 für Länder nach Ländern

Bruttoanlageinvestitionen und Investitionszuschüsse nach sechs Aufgabenbereichen
--

Als Tab. 2 für lokale Gebietskörperschaften nach Ländern und Regierungsbezirken

Als Tab. 4 für Länder nach Ländern

Als Tab. 5 für den Bund nach Ländern

Ende 1984 wurde beschlossen, daß

- das Statistische Landesamt der für Eurostat maßgebliche Verhandlungspartner bleibt und — wie bei der nationalen VGR — die Bundeseckwerte für das Regionalkonto vorgibt, für die Ebene NUTS I (Länder) auch die Länderwerte der vom Statistischen Bundesamt bereinigten (vereinheitlichten) Finanzstatistik,
- die sechs Flächenländer mit Regierungsbezirken Sonderaufbereitungen ihrer Gemeindefinanzstatistik durchführen,
- das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein aus den Bundeseckwerten, den Länderwerten der Länderfinanzstatistik und den Regierungsbezirksergebnissen der Gemeindefinanzstatistik die Regionalkonten erstellt, dabei für die Regionalisierung der sog. „manuellen Zu- und Absetzungen“ eigenverantwortlich geeignete Schlüsselungsverfahren entwickelt,
- das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen die Bruttoanlageinvestitionen des Bundes und die Investitionszuschüsse des Bundes anhand des Bundeshaushaltsplanes sachlich nach sechs Aufgabenbereichen und regional nach Ländern aufteilt.

Diese Arbeitsverteilung hat bis heute Bestand. Nach ihr sind die Ergebnisse der Jahre ab 1981 entstanden. Ihre Beschreibung skizziert den Rahmen dessen, was die

Bundesrepublik — wie nahezu alle anderen Mitgliedstaaten der EG auch — Eurostat zur Verfügung stellt, und nennt Prozedere, regionale Gliederung und Datenquellen, auf die noch näher einzugehen ist. Der besseren Übersicht halber wird das Programm mit seinen fünf Tabellen hier auch als Schema geboten.

In den Diskussionen um die Organisation der laufenden Berechnungen für Eurostat wurden einige Probleme zwischen den Ebenen²⁴ der amtlichen Statistik deutlich. Zum einen ist Eurostat, wenn seine Datenwünsche nicht per Verordnung oder Richtlinie rechtlich verankert sind, auf einen langwierigen Abstimmprozeß mit den Mitgliedstaaten angewiesen, bei dem unterschiedliche nationale Datenlagen, unterschiedliche Ressourcen der nationalen statistischen Ämter und auch unterschiedliche Auffassungen aufeinandertreffen, ob

24) M. Wingen, früherer Präsident des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg und Vorsitzender des Arbeitskreises VGR der Länder, spricht davon, daß wir dabei seien, „ganz bewußt auf einen Vier-Ebenen-Ansatz hin zu denken und zu planen, nämlich unter Einbeziehung von Eurostat, dem Statistischen Amt der EG“ (Kann die amtliche Statistik in Baden-Württemberg etwas aus ihrer eigenen geschichtlichen Entwicklung lernen?, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 2/1990). Mit den vier Ebenen ist außer Eurostat, dem Statistischen Bundesamt und den statistischen Landesämtern auch die Kommunalstatistik gemeint.

und wie man Datenlücken per Schätzung füllen soll. Zum anderen ist es für das Statistische Bundesamt schwer, in der EG-Arbeitsgruppe die föderal gebotene Rücksicht auf die Statistischen Landesämter und deren Belange zu wahren. Für die Statistischen Landesämter bedeutet Sonderarbeit für die EG häufig, daß „Bordmittel“ in Anspruch genommen werden müssen, ohne daß dabei für das Land ein unmittelbarer Informationsgewinn abfällt.

Gleichwohl ist es sinnvoll, für gemeinschaftliche, international abgestimmte Regionalstatistik diesen Aufwand zu treiben, vor allem, wenn die Ergebnisse dazu dienen, erhebliche finanzielle Mittel zu verteilen. Und gerade unter dem zuletzt stark diskutierten Aspekt der Subsidiarität darf gemeinschaftliche Regionalstatistik nicht heißen, Daten originär durch Eurostat zu produzieren, sondern Erhebung und Aufbereitung weiterhin in den Händen der nationalen Ämter zu belassen.²⁵

Die Erfahrung mit dem Projekt des regionalen Staatskontos lehrt, daß Eurostat beharrlich und langfristig seinen regionalstatistischen Bedarf zu decken sich bemüht und sich mit einer nur suboptimalen Lösung wie dem derzeitigen Tabellenprogramm nicht zufrieden gibt. Auf die noch ausstehende Regionalisierung des Zentralstaates (genauer: des Bundes und der Sozialversicherung) ist im letzten Abschnitt noch einzugehen. Daß auch Eurostat seinerseits unter dem Druck der EG-Datenkonsumenten steht, ist eingangs bereits herausgestellt worden.

Von der Finanzstatistik zu den Bundeseckwerten: Die Ausgangswerte für die Regionalisierung

Für nahezu jegliche Art von Gesamtrechnung für den Sektor Staat sind die Finanzstatistiken die Hauptdatenquelle: für die nationale (bundesdeutsche) VGR, für die daran anknüpfende des Arbeitskreises VGR der Länder, für die streng ESVG-orientierte Eurostat-Veröffentlichung, für das Einheitskonto der Zusatzanalyse der Einnahmen und Ausgaben und letztlich auch für das Regionalkonto.

Aus der Finanzstatistik und aus den Komponenten der von Eurostat zu fertigenden strengen ESVG-Rechnung entwickelt das Statistische Bundesamt gemäß den genannten Modifikationen das Einheitskonto der Zusatzanalyse, das die Bundeseckwerte des Regionalkontos liefert. Gegenüber der Finanzstatistik sind zunächst diejenigen Zu-, Ab- und Umsetzungen vorzunehmen, die

Volumen und Struktur der Ausgaben und der Einnahmen auf das Konzept des Regionalkontos bringen. Dazu gehören:

- Die Nettostellung der Einnahmen und der Ausgaben der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen sowie der Grund- und Sondervermögen, die unter der Funktionsnummer 8 mit haushaltswirksamen Einnahmen und Ausgaben in der Finanzstatistik noch enthalten sind. Hierzu gehört auch die Absetzung von (angenommenen) 15 % der kommunalen Zinsausgaben, die den öffentlichen Wirtschaftsunternehmen zugerechnet werden.
- Die Nettostellung (Käufe minus Verkäufe) auch der Transaktionen, die Land und gebrauchte Anlagegüter betreffen. Diese Transaktionen sind in der Finanzstatistik brutto ausgewiesen.
- Die Einbeziehung der kaufmännisch buchenden staatlichen Krankenhäuser, die mit ihren Einnahmen und Ausgaben finanzstatistisch sondergerechnet sind, in den VGR-Sektor Staat. Folglich sind die laufenden und die vermögenswirksamen Zuschüsse von der Gebietskörperschaft, zu der sie gehören, zu konsolidieren, also abzuziehen.
- Die Umsetzung von 10 % der in der Finanzstatistik als vermögenswirksam gebuchten Ausgaben für den Straßenbau, der Annahme folgend, daß jener Anteil das Äquivalent für die Substanzerhaltung (Reparatur) der Straßen ist und daher den laufenden statt den vermögenswirksamen Ausgaben zuzurechnen ist.
- Die Umsetzung weiterer Posten wie die Wiedergutmachungen, die Anpassungshilfen für den Bergbau oder die Erbschaftsteuer von laufende in vermögenswirksame Einnahmen bzw. Ausgaben und umgekehrt.
- Die Zusetzung der von den Unternehmen einbehaltenen Umsatzsteuer auf der Einnahme- wie auf der Ausgabeseite. Diese Steuervergünstigungen z. B. für pauschalbesteuerte Landwirtschaft und für Berlinhilfe wird als Subvention gebucht.
- Die Zusetzung der über Verrechnung mit der Steuerschuld gewährten Investitionszulagen und der Arbeitnehmersparzulagen zu den laufenden Einnahmen und zu den vermögenswirksamen Ausgaben.
- Die Zusetzung der von den Unternehmen und den privaten Haushalten gezahlten Strafen und der Kostenersätze nach den Sozialleistungsgesetzen bei den Einnahmen und den Ausgaben. Diese beiden Positionen stecken in den nur summarisch abgezogenen Verkäufen, gehören aber in der VGR zu den Einnahmen, die nicht aus Verkäufen stammen. Sie sind also wieder hinzuzusetzen.

25) Recktenwald, a.a.O., S. 379

Ableitung und Gliederung der tatsächlichen laufenden Ausgaben der lokalen Gebietskörperschaften und der Länder in der Abgrenzung des regionalen Staatskontos im Bundesgebiet 1986 in Mill. DM

Art der Ausgabe	Lokale Gebiets- körper- schaften	Länder/ Stadt- staaten
Laufende Ausgaben gemäß Finanzstatistik	112 799	207 160
– lauf. Ausgaben der öff. Wirtschaftsunternehmen	3 257	3 252
– anteilige Zinsausgaben der öff. Wirtschaftsunternehmen (15 %)	1 193	-
+ laufende Ausgaben der kaufmännisch buchenden staatlichen Krankenhäuser (saldiert mit deren Verkäufen)	790	2 540
– Zuschuß an kaufmännisch buchende Krankenhäuser	-	2 410
+ 10 % der Ausgaben für den Straßenbau	744	194
+ Differenz aus Einnahmen und Ausgaben gleicher Ebene	30	70
+ Anpassungshilfe für den Bergbau	-	95
+ Zweckgebundene Ausgaben aus Lotto-/Totoeinnahmen	-	180
+ Einbehaltene Umsatzsteuer	-	2 420
+ Strafgelder	320	-
+ Kostenersätze nach den Sozialleistungsgesetzen	3 000	-
– Wiedergutmachungen	-	20
– Disagio (Auszahlungsverluste bei Kreditaufnahme)	-	50
– vom Land vereinnahmte und den Städten und Kreisen überwiesene Grunderwerbsteuer (nur in einigen Ländern)	-	700
= Zusammen	113 233	206 227
– Verkäufe von Verwaltungsleistungen insgesamt	28 328	5 834
+ Verkäufe der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen	2 961	-
= Tatsächliche laufende Ausgaben gemäß ESVG	87 790	200 550
Darunter:		
Einkommen aus unselbständiger Arbeit	50 710	87 560
Subventionen	1 840	10 220
Soziale Leistungen	28 360	31 980
davon Barleistungen	14 610	28 540
Sachleistungen	13 750	3 440
laufende Übertragungen an den Staat	3 400	37 100

Aufsätze

Ableitung und Gliederung der tatsächlichen laufenden Einnahmen der lokalen Gebietskörperschaften und der Länder in der Abgrenzung des regionalen Staatskontos im Bundesgebiet 1986 in Mill. DM

Art der Einnahme	Lokale Gebietskörperschaften	Länder/ Stadtstaaten
Laufende Einnahmen gemäß Finanzstatistik	132 206	217 779
+ Zahlungen von Gemeinden/Zweckverbänden an öffentliche Wirtschaftsunternehmen	698	-
- lauf. Ausgaben der öff. Wirtschaftsunternehmen	4 002	3 252
- anteilige Zinsausgaben der öff. Wirtschaftsunternehm.	1 193	-
+ laufende Einnahmen der kaufmännisch buchenden staatlichen Krankenhäuser (soweit nicht bereits bei Ausgaben saldiert)	160	50
- Erbschaftsteuer	-	1 890
+ Differenz aus Einnahmen und Ausgaben gleicher Ebene	570	- 1 990
+ Phasenverschiebung Lohnsteuer	50	150
+ Steuerabgleich (bei den Gemeinschaftsteuern Übergang vom Kassenkonzept der Finanzstatistik auf Solleinnahmen der VGR)	10	- 50
+ Investitionszulagen	110	1 200
+ Arbeitnehmersparzulagen	310	870
+ Kostenersätze nach den Sozialleistungsgesetzen	3 000	-
+ Strafgelder	320	-
- Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	950	-
+ Einbehaltene Umsatzsteuer	-	2 420
+ Zweckgebundene Mittel aus Lotto/Toto	-	180
- Grunderwerbsteuer Gemeinden	-	700
= Zusammen	131 289	214 767
- Verkäufe von Verwaltungsleistungen insgesamt	28 328	5 834
+ Verkäufe der öff. Wirtschaftsunternehmen	2 961	-
= Tatsächliche laufende Einnahmen gemäß ESVG	105 950	208 780
Darunter		
laufende Steuern	60 350	172 740
laufende Übertragungen vom Staat	34 750	27 990

— Die Absetzung von Disagioaufwendungen, weil derlei Abzüge von der Kreditsumme in den Wert der zugrundeliegenden Finanzierungstransaktionen einbezogen sind.

Weitere Korrekturposten betreffen die Periodenzuordnung bestimmter Ausgaben und Einnahmen, die in der Finanzstatistik streng nach der Kassenwirksamkeit, in der VGR aber nach dem zugrundeliegenden ökonomischen Vorgang erfolgt. So werden in der VGR die Lohnsteuereinnahmen um einen Monat vorverschoben (Phasenverschiebung) und die Bauinvestitionen nach Baufortschritt statt nach Kassenabfluß periodisiert.

Die tabellarische Ableitung der Zahlen für das Bundesgebiet zeigt ferner eine Differenz aus Einnahmen und Ausgaben gleicher Ebene, weil die Übertragungen unter den lokalen Gebietskörperschaften bzw. unter den Ländern nicht überall finanzstatistisch so erfaßt sind, daß ihre Konsolidierung exakt Null ergibt. Als Maßstab für die Höhe der Zahlungsströme wird hier grundsätzlich die Ausgabenseite gesehen. Im eigentlichen Regionalkonto ist die Konsolidierung dann ohnehin teilweise aufzuheben: Was Länder an Länder zahlen, ist in jedem Falle ein regionsüberschreitender Vorgang. Was Gemeinden an Gemeinden zahlen, bleibt in den allermeisten Fällen innerhalb des Regierungsbezirks, so daß eine regionale Entkonsolidierung von vornherein unterbleibt. Die im Regionalkonto nachgewiesenen Übertragungen an den Staat sind also bei den Gemeinden die an Bund, Land und Sozialversicherung, bei den Ländern zusätzlich die an andere Länder.

Das tabellarische Schema dieser wie auch der folgenden Ableitungen aus der Finanzstatistik gibt den Rechengang wieder, allerdings ohne Anspruch auf mathematische Exaktheit. Die Zahlen sind dafür zu grob gerundet. Im übrigen ist das Schema natürlich laufend an neue Formen staatlicher Wirtschaftsförderung und an Umgestaltungen des Sozial- oder Finanzgefüges anzupassen.

Es sei wiederholt, daß die tatsächlichen laufenden Ausgaben nicht die unterstellten Sozialbeiträge, nicht die Abschreibungen und nicht die Ausgaben für selbstgestellte Anlagen enthalten. Diese Positionen fehlen bereits in den laufenden Ausgaben laut Finanzstatistik, der Ausgangsgröße dieser Rechnung.

Die sozialen Leistungen sind nach Bar- und Sachleistungen getrennt nachgewiesen, weil sie in der Bundesrepublik in der VGR unterschiedlich behandelt werden: Die Barleistungen werden ESVG-gerecht als laufende Übertragungen an private Haushalte gebucht, die sozialen Sachleistungen zählen in nationaler Rechnung zum Staatsverbrauch. Zu den sozialen Sachleistungen

rechnen vor allem die von den gesetzlichen Krankenkassen (Teilsektor Sozialversicherung) zu tragenden Kosten des Gesundheitswesens, zu den sozialen Barleistungen die Versorgungsbezüge der Pensionäre sowie Lohnersatzleistungen.

Es mag verwirren, daß auf der Einnahmeseite des Kontos Ausgabepositionen auftauchen. Das erklärt sich aus der Nettostellung der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen. Deren Einnahmen sind in jenen gemäß Finanzstatistik enthalten. Sie sind aber um fiktive Zahlungen der Gemeinden und der Zweckverbände an ihre eigenen Wirtschaftsunternehmen zu erhöhen, denn die sind im Kommunalhaushalt und damit auch in der Finanzstatistik haushaltsintern verrechnet, müssen aber in der sektoralen Abgrenzung nach VGR für den Staat mitgezählt werden, weil die Zahlungsempfänger zum Unternehmenssektor rechnen. Erst dann kann die Nettostellung durch Abzug der Ausgaben der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen erfolgen.

Mit umgekehrtem Vorzeichen vollzieht sich das bei den vermögenswirksamen Ausgaben, die den öffentlichen Unternehmen gelten. Sie werden mit den entsprechenden Einnahmen saldiert und netto auf der Ausgabenseite ausgewiesen. Hier sind die im Kommunalhaushalt und in der Finanzstatistik haushaltstechnisch verrechneten kommunalen Zuweisungen den vermögenswirksamen Einnahmen hinzuzurechnen, bevor die von den öffentlichen Wirtschaftsunternehmen empfangenen vermögenswirksamen Einnahmen abgezogen werden können.

Die Abgrenzung zwischen den laufenden und den Vermögensübertragungen ist schwierig. Zu den Vermögensübertragungen werden alle Geldleistungen ohne spezielle Gegenleistung gezählt, die zumindest für eine der beteiligten Wirtschaftseinheiten eine unmittelbare Vermögensveränderung bedeuten. Ausschlaggebend ist im allgemeinen, wie die kleinere Einheit den Vorgang wirtschaftlich beurteilt.²⁶ So sind z. B. die Wiedergutmachungen und die Investitions- und die Arbeitnehmersparzulage vermögenswirksame und nicht laufende Ausgaben, auch wenn dies aus Sicht des Staates nicht sein Vermögen schmälert, sondern aus — finanzstatistisch gesehen — laufenden Einnahmen gedeckt wird.

Die Vermögensübertragungen, an denen der Staat beteiligt ist, finden sich — für den Gesamtstaat betrachtet — nach Anzahl und Betrag weit überwiegend auf der Ausgabenseite. Für die hier dargestellten beiden

26) G. Kopsch, Der Staat in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1960 bis 1982, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 10/1983.

Aufsätze

Ableitung und Gliederung der vermögenswirksamen Ausgaben und Einnahmen der lokalen Gebietskörperschaften und der Länder in der Abgrenzung des regionalen Staatskontos im Bundesgebiet 1986 in Mill. DM

Art der Ausgabe Art der Einnahme	Lokale Gebiets- körper- schaften	Länder/ Stadt- staaten
A u s g a b e n		
Vermögenswirksame Ausgaben gemäß Finanzstatistik	37 600	33 103
+ Zuweisungen an öffentliche Wirtschaftsunternehmen	39	-
- Vermögenswirksame Einnahmen der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen	309	55
+ Investitionen der kaufmännisch buchenden staatlichen Krankenhäuser	2 030	1 110
- Zuschuß an kaufmännisch buchende staatliche Krankenhäuser	-	1 020
- 10 % der Ausgaben für den Straßenbau	744	194
- Veräußerung von gebrauchten Anlagegütern	3 791	415
+ Wiedergutmachungen	-	20
+ Investitionszulage	110	1 200
+ Arbeitnehmersparzulage	310	870
+ Differenzausgleich Investitionszuschüsse	20	-
+ Differenz Bauausgaben VGR gegenüber Finanzstatistik	110	- 110
- Anpassungshilfe für den Bergbau	-	100
- Wirtschaftsförderungsanstalt Nordrhein-Westfalen	-	390
= Vermögenswirksame Ausgaben gemäß ESVG	35 360	34 060
Darunter		
Bruttoanlageinvestitionen	28 300	9 490
Investitionszuschüsse	2 630	22 340
E i n n a h m e n		
Vermögenswirksame Einnahmen gemäß Finanzstatistik	14 270	7 980
- Vermögenswirksame Einnahmen der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen	268	55
+ Differenzausgleich Investitionszuschüsse	1 090	810
+ Investitionszuschüsse für kaufmännisch buchende staatliche Krankenhäuser	1 930	-
+ Mittel für AB-Maßnahmen von der Arbeitsverwaltung	950	290
+ Erbschaftsteuer	-	1 890
= Vermögenswirksame Einnahmen gemäß ESVG	17 990	10 980
Darunter Investitionszuschüsse	14 400	8 830

Teilsektoren des Staates ist das weniger deutlich, weil sie Übertragungen von den übergeordneten Ebenen Bund bzw. bei den Gemeinden Bund und Land erhalten, aber umgekehrt nichts oder wenig an die übergeordneten Ebenen zahlen.

Man kann nun ohne weiteres auch für die Länder/Stadtstaaten den Saldo aus laufenden Einnahmen und laufenden Ausgaben feststellen: Die Bruttoersparnis gemäß ESGV beträgt 8,230 Milliarden DM. Diese Zahl ist der Eurostat-Veröffentlichung nicht zu entnehmen, weil dort Länder und Bund als Zentralstaat zusammengefaßt sind. „Brutto“ meint hier, daß die Abschreibungen noch nicht gegengerechnet sind. Unter Einbeziehung auch der vermögenswirksamen Einnahmen und Ausgaben ergibt sich ein Finanzierungsdefizit der Länder und Stadtstaaten insgesamt von 14,850 Milliarden DM. Dieser Wert ist mit dem der nationalen VGR nahezu identisch.

Der Vergleich zwischen dem weiter oben dargestellten Buchungsschema für die Analyse der Ausgaben und Einnahmen des Staates, das Eurostat aufstellt, und den Bundeseckwerten des Regionalkontos zeigt ferner, daß das Regionalkonto über seine vier Summenzahlen der laufenden und vermögenswirksamen Einnahmen und

Ausgaben hinaus nur „darunter“-Positionen ausweist, was in der Sprache der Statistik meint, daß nur ausgewählte und nicht alle Teilmengen geboten werden. Dem Regionalkonto wird deshalb das Attribut „vereinfacht“ beigegeben. Die dargestellten Teilmengen sind allerdings auch die mit Abstand bedeutendsten.

Es sei betont, daß sich die Liste der für das Regionalkonto Staat erforderlichen Zu-, Ab- und Umsetzungen nicht mit der Ableitung der vier Summenzahlen erschöpft, denn diese Summen sind im Grundmuster subtraktiv abgeleitet. Die „darunter“-Positionen fallen im Rechengang nicht zwangsläufig mit an, sondern müssen einzeln aus der Finanzstatistik ermittelt werden. Hier wird nur die Ableitung der Investitionen und der Investitionszuschüsse dargestellt.

Die Ausgaben für den staatseigenen Wohnungsbau werden in Abzug gebracht, weil jegliche Wohnungsvermietung — auch die der privaten Haushalte und die des Staates — in der VGR einen gesonderten, funktional abgegrenzten Wirtschaftsbereich bildet, der wiederum zum Unternehmenssektor zählt. Der Betrag ist also als Vermögensübertragung an den Unternehmenssektor zu behandeln, die Investition selbst im Bereich Wohnungsvermietung nachzuweisen.

Ableitung der Ausgaben der lokalen Gebietskörperschaften und der Länder/Stadtstaaten für Investitionen und Investitionszuschüsse in der Abgrenzung des regionalen Staatskontos im Bundesgebiet 1986 in Mill. DM

Art der Ausgabe	Lokale Gebietskörperschaften	Länder/ Stadtstaaten
Bruttoanlageinvestitionen gemäß Finanzstatistik (ohne solche von öffentlichen Wirtschaftsunternehmen)	27 121	8 585
+ Investitionen der kaufmännisch buchenden staatlichen Krankenhäuser	1 110	2 040
+ Hochschulbau Niedersachsen (Umsetzung)	-	120
+ Differenz Bauausgaben VGR gegenüber Finanzstatistik	110	- 110
- 10 % der Ausgaben für den Straßenbau	744	194
- Veräußerung von Anlagegütern	104	20
- Staatseigener Wohnungsbau	50	-
= Bruttoanlageinvestitionen gemäß ESGV	28 300	9 490
Investitionszuschüsse oder -zulagen gemäß Finanzstatistik (ohne solche der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen)	2 522	22 723
+ Investitionszulage	110	1 200
- Zuschüsse an kaufmännisch buchende staatliche Krankenhäuser	-	1 020
- Hochschulbau Niedersachsen	-	120
- Wirtschaftsförderungsanstalt Nordrhein-Westfalen	-	390
= Investitionszuschüsse gemäß ESGV	2 630	22 340

Die Gliederung der Bruttoanlageinvestitionen und der gezahlten Investitionszuschüsse nach Aufgabenbereichen erfolgt wie die Ableitung dieser beiden Größen aus der Finanzstatistik. Jede der sechs Aufgabearten kann bei den Ländern über die Funktionsnummer und bei den Gemeinden über die Gliederungsnummer der Finanzstatistik identifiziert werden, ebenso jede der für die Ableitung der Investitionen und Investitionszuschüsse nötige Ausgabeart (Gruppierungsnummer). Einziger nicht aus der Finanzstatistik stammender Baustein ist die bereits angesprochene Umperiodisierung der Bauausgaben.

Die Nettostellung der Käufe minus Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land beschränkt sich bei den Bruttoanlageinvestitionen auf die Veräußerungen von gebrauchten Anlagen, denn Grundstücke rechnen nicht zum Anlagevermögen.

Von den Bundeseckwerten zu den Regionalzahlen: Die Tabellen für Länder und Regierungsbezirke

Die Regionalisierung der Bundeseckwerte nach Ländern und Regierungsbezirken ist dort unproblematisch, wo Zahlen der Finanzstatistik verwendet werden, denn die liegen länderweise vor, und für die lokalen Gebietskörperschaften nach Regierungsbezirken werden sie per Sonderaufbereitung ermittelt. Wo in den Bundeseckwerten Ausgaben und Einnahmen nettogestellt sind, wird das mit regionalspezifischen Bruttodaten einzeln nachvollzogen. Auf die regionale Entkonsolidierung der Übertragungen zwischen den Ländern wurde bereits hingewiesen.

Einige wenige Länderverteilungen können auch der Staatsberechnung für das „normale“, aus der nationalen VGR abgeleitete Programm des Arbeitskreises VGR der Länder entnommen werden, so etwa Zahlen zur Schülerunfallversicherung, zu Verkäufen und Vorsteuerabzügen der kaufmännisch buchenden Krankenhäuser.

Viele Zahlen aber müssen „geschlüsselt“ werden, was bedeutet, daß nach einem möglichst eng korrelierten Merkmal, dessen Regionalverteilung bekannt ist, der Bundeseckwert analog verteilt wird. Als Beispiel sei die Schlüsselung der Wiedergutmachungen mit den Beiträgen für Renten und Unterstützungen oder die der Phasenverschiebung der Lohnsteuer nach den Lohnsteuereinnahmen. Oberstes Rechen- und Prüfprinzip ist stets, daß die Summe der Regionalangaben dem Bundeseckwert entspricht.

Die Ergebnisse des Regionalkontos werden nicht in T-Kontenform, sondern als Tabellen geboten. Die ersten vier der weiter vorn bereits skizzierten fünf Tabellen zum Regionalkonto Staat sind paarweise verschränkt: Die Tabelle 1 und 3 sowie 2 und 4 haben jeweils denselben Aufbau, die Tabellen 1 und 2 sowie 3 und 4 jeweils dasselbe Darstellungsobjekt und dieselbe Regionalgliederung.

Das eigentliche Regionalkonto stellen die Tabellen 1 (für die lokalen Gebietskörperschaften) und 3 (für die Länder) dar. Für die Bundesrepublik Deutschland hatte Eurostat 1977 vorgeschlagen, daß auch die Transaktionen der Verwaltungen der Länder — obwohl im ESVG ausdrücklich dem Zentralstaat zugeordnet — wegen ihrer „erheblichen Rolle als regionalpolitische Entscheidungsträger“ im vereinfachten Kontenschema regional nach Regierungsbezirken aufbereitet werden.²⁷ Es wurde damals vereinbart, die Länder zwar einzubeziehen, aber deren Daten regional nicht weiter zu untergliedern. Auf diese Weise kam es zu einer uneinheitlichen räumlichen Darstellungstiefe.

Die Tabellen 2 (für die lokalen Gebietskörperschaften) und 4 (für die Länder) gliedern die Bruttoanlageinvestitionen und die Investitionszuschüsse des Staates nach sechs zusammengefaßten Aufgabenbereichen, deren Systematik dem ESVG entstammt.

Schleswig-Holstein hat keine Regierungsbezirke. Alle vier Tabellen werden regional nur für das Landesgebiet nachgewiesen. Es bietet sich daher an, die Ergebnisse in einer einzigen Tabelle zusammenzufassen.

Die in der Tabelle genannten Anteile an den Bundeseckwerten sind nicht so sehr als statistisch gesicherte Basisinformation zu verstehen. Dazu sind schon die Ausgangswerte zu stark gerundet, und sie können in einem kleinen Land wie Schleswig-Holstein obendrein von Einzelfällen stark beeinflusst sein. Sie sollen vielmehr einen Eindruck darüber vermitteln, wie eng diese Anteile um den der endgültigen Ausgaben (3,8 %) und der Einnahmen (3,7 %) streuen. Auch diejenigen Anteile, die wegen geringer Substanz als zu unsicher gepunktet sind, bewegen sich etwa in dieser Streubreite.

Die Struktur der Einnahmen und Ausgaben des Landes weicht deutlich von der seiner Gemeinden ab. Die tatsächlichen laufenden Ausgaben machten an allen endgültigen Ausgaben 85 % aus, bei den Gemeinden waren es nur 70 %. Einer der Ausgabenschwerpunkte

27) Arbeitspapier für die Sitzung der Arbeitsgruppe „Volkswirtschaftliche Konten und Indikatoren auf regionaler Ebene“ im November 1977 in Luxemburg (unveröffentlicht).

Ausgaben und Einnahmen des Landes Schleswig-Holstein und der schleswig-holsteinischen lokalen Gebietskörperschaften in Abgrenzung und Gliederung des regionalen Staatskontos 1986

Art der Ausgabe Aufgabenbereich	Lokale Gebietskörperschaften		Land	
	Mill. DM	Anteil * in %	Mill. DM	Anteil * in %
A. Tatsächliche laufende Ausgaben	3 260	3,7	8 050	4,0
darunter:				
Einkommen aus unselbständiger Arbeit	2 120	4,2	3 440	3,9
Subventionen	50	.	290	.
soziale Leistungen	1 070	3,8	1 490	4,7
davon Barleistungen (VGR national)	610	4,2	1 350	4,7
Sachleistungen	460	3,3	140	4,1
laufende Übertragungen innerhalb des Staates	60	.	1 300	3,5
B. Vermögenswirksame Ausgaben	1 410	4,0	1 420	4,2
darunter:				
Bruttoanlageinvestitionen	1 130	4,0	520	5,5
davon:				
allgemeine staatliche Verwaltung und Verteidigung	110	.	110	.
Unterrichtswesen	150	.	60	.
Gesundheitswesen, soziale Sicherung	120	.	170	.
Wohnungswesen, Stadt- und Landesplanung; sonstige Dienste für die Allgemeinheit	460	.	20	.
Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht	290	.	160	.
sonstige Ausgaben	-	-	-	-
Investitionszuschüsse	150	.	790	3,5
davon:				
allgemeine staatliche Verwaltung und Verteidigung	0	.	10	.
Unterrichtswesen	0	.	10	.
Gesundheitswesen, soziale Sicherung	20	.	30	.
Wohnungswesen, Stadt- und Landesplanung; sonstige Dienste für die Allgemeinheit	60	.	40	.
Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht	10	.	120	.
sonstige Ausgaben	60	.	580	4,4
A + B Endgültige Ausgaben	4 670	3,8	9 470	4,0
A Tatsächliche laufende Einnahmen	3 920	3,7	8 120	3,9
darunter:				
laufende Steuern	2 110	3,5	6 340	3,7
laufende Übertragungen innerhalb des Staates	1 310	3,8	1 520	5,4
B Vermögenswirksame Einnahmen	690	3,8	540	4,9
darunter Investitionszuschüsse	560	3,9	480	5,4
A + B Endgültige Einnahmen	4 610	3,7	8 660	3,9

*) am Bundeseckwert lokale Gebietskörperschaften bzw. Länder/Stadtstaaten

beim Land sind die laufenden Übertragungen innerhalb des Staates, die 14 % aller Ausgaben bildeten. Bei den Kommunen sind sie unbedeutend.

Die Sozialleistungen sind beim Land zwar dem Betrag nach etwas höher, aber dem Anteil nach geringer als bei den lokalen Gebietskörperschaften. Die sozialen Sachleistungen sind vor allem die bereits angesprochenen Gesundheitsleistungen, die sozialen Barleistungen bei den Gemeinden außer den Beamtenpensionen auch die Sozialhilfe.

Die vermögenswirksamen Ausgaben waren 1986 bei den Gemeinden trotz insgesamt geringeren Finanzvolumens fast so hoch wie beim Land. Besonderer Betrachtung bedürfen hier die Investitionszuschüsse. Investitionszuschüsse (verlorene Zuschüsse) zahlt der Staat dafür, Anlageinvestitionen anderer institutioneller Einheiten ganz oder teilweise zu finanzieren. Investitionszuschüsse an (andere) staatliche Teilsektoren umfassen vor allem ausdrücklich für Investitionen zweckgebundene Zuweisungen, so die Zuweisungen des Bundes an die Länder zur Durchführung der Gemeinschaftsaufgaben nach Artikel 91a Grundgesetz (Hochschulbau, Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, der Agrarstruktur und des Küstenschutzes), die Finanzhilfen des Bundes an die Länder für besonders bedeutsame Investitionen der Länder und Gemeinden (Artikel 104a Grundgesetz) und ähnliche Zuweisungen des Landes an seine Gemeinden. Zu den Investitionszuschüssen gehören auch die Zuweisungen an die öffentlichen Wirtschaftsunternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit. Das ESVG (Ziffer 4104) betont, daß Übertragungen allgemeiner Art für vielfältige oder unbestimmte Zwecke — auch wenn sie teilweise zur Deckung von Investitionsausgaben herangezogen werden — als laufende Übertragung und nicht als Investitionszuschuß gelten.

Auf der Empfängerseite könnten theoretisch nicht nur Investitionszuschüsse von anderen staatlichen Teilsektoren stehen, sondern auch solche von der „übrigen Welt“, namentlich von der EG. Die Zahlungen der EG gehen aber haushaltstechnisch stets zunächst in die Bundeskasse. Sofern sie für Land oder Gemeinden bestimmt sind, erscheinen sie dort als Investitionszuschuß des Bundes, bei den Gemeinden als Investitionszuschuß des Landes, denn der Bund zahlt überwiegend über das Land aus.

In der Tabelle wird deutlich, daß bei den lokalen Gebietskörperschaften die Investitionszuschüsse auf der Ausgabenseite im Vergleich zu den kommunalen Anlageinvestitionen kaum Gewicht haben. Die Investitionszuschüsse dagegen, die die Gemeinden von Bund und

Land empfangen haben, sind der weitaus überwiegende Teil aller vermögenswirksamen Einnahmen und fast viermal so hoch wie die gewährten.

Beim Land dagegen überwiegen die im Jahre 1986 geleisteten Investitionszuschüsse sowohl die Anlageinvestitionen als auch die empfangenen Investitionszuschüsse. Es fällt das Gewicht der sogenannten „sonstigen Ausgaben“ unter den gewährten Investitionszuschüssen ins Auge. Hinter diesem wenig aussagekräftigen Begriff verbergen sich u. a. Vermögensübertragungen innerhalb des Staates, vermutlich Zuschüsse für Investitionen mit nicht eindeutig überwiegender Zweckbestimmung.

Von den lokalen Gebietskörperschaften zum Zentralstaat: Der weitere Weg

Aus der Regionalisierung von Bruttoanlageinvestitionen und Investitionszuschüssen des Staates möchte man erkennen, welchem Gebiet diese Ausgaben zugute kommen, d. h. wo sie unmittelbar oder mittelbar das Produktionsvermögen erhöhen. Die Tabelle 5 des Tabellenprogramms für das regionale Staatskonto stellt hier eine Besonderheit dar: Wie die Korrespondenztabellen für Gemeinden und Länder gliedert sie die Bruttoanlageinvestitionen und die Investitionszuschüsse — hier die des Bundes — nach den sechs Aufgabebereichen, aber es fehlt das dazugehörige regionale Konto der Einnahmen und Ausgaben des Bundes, in dem diese Zahlen eine Unterposition der vermögenswirksamen Ausgaben darstellen. Auch die Datenquelle für die Regionalisierung ist eine andere als bei Land und Gemeinden.

Zwar entstehen die Bundeseckwerte in nahezu gleicher Weise wie die für Länder und lokale Gebietskörperschaften. Zu nennen wäre hier nur die Besonderheit, daß Käufe von Rüstungsgütern für die Bundeswehr den ESVG entsprechend in der VGR zum Staatsverbrauch umzusetzen sind. Das Problem liegt bei den Ausgaben des Bundes vielmehr noch stärker in der Regionalisierung. Anders als bei den lokalen Gebietskörperschaften, wo man die Daten aus vielen einzelnen Gemeinden zum Regionsergebnis aggregieren muß bzw. in der Finanzstatistik bereits aggregiert vorfindet, ist bei der Gebietskörperschaft Bund nur eine regional übergeordnete Information vorhanden, die auf Teilregionen „heruntergebrochen“ werden muß. Das ist nur mit Zusatzinformationen aus dem Bundeshaushaltsplan möglich, und dann auch nicht problemlos.

Das Kriterium, nach dem die investiven Ausgaben des Bundes regionalisiert werden, ist weitaus weniger strittig als bei den übrigen Ausgaben und den Einnahmen. Die Investitionen des Bundes werden dem Land zugeord-

**Bruttoanlageinvestitionen und Investitionszuschüsse
des Bundes insgesamt und darunter für
schleswig-holsteinische Bundesdienststellen und Investoren in der
Abgrenzung nach dem regionalen Staatskonto 1986
nach Aufgabenbereichen in Mill. DM**

Aufgabenbereich	Insgesamt	Darunter in Schleswig- Holstein
Bruttoanlageinvestitionen		
Allgemeine staatliche Verwaltung und Verteidigung	1 110	30
Unterrichtswesen	-	-
Gesundheitswesen, soziale Sicherung	10	0
Wohnungswesen, Stadt- und Landesplanung; sonstige Dienste für die Allgemeinheit	20	0
Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht	4 860	300
Sonstige Ausgaben	-	-
Insgesamt	6 000	330
Investitionszuschüsse		
Allgemeine staatliche Verwaltung und Verteidigung	2 020	0
Unterrichtswesen	100	0
Gesundheitswesen, soziale Sicherung	220	10
Wohnungswesen, Stadt- und Landesplanung; sonstige Dienste für die Allgemeinheit	160	0
Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht	6 730	60
Sonstige Ausgaben	6 500	190
Insgesamt	15 730	260

net, in dem die Dienststelle, bei der das Anlagegut zur Produktion staatlicher Dienstleistungen eingesetzt werden soll, ihren Sitz hat. Bei den Investitionszulagen wird entsprechend nach dem begünstigten Investor regionalisiert. Bei den Ländern und Kommunen wird dieses Kriterium durch die Annahme ersetzt, daß diese Körperschaften — auch wenn das für die Landesvertretung in Bonn und das auswärtige Landschulheim nicht zutreffen mag — nur in ihrem Gebiet investieren und Zuschüsse nur an heimische Investoren zahlen.

Bei den Investitionszuschüssen des Bundes ist vorweg in solche an Länder und Gemeinden — das ist der überwiegende Teil — und solche an Unternehmen aufzuteilen. Die Zuschüsse, die der Bund direkt an die Gemeinden zahlt, sind z. B. solche für Verkehrswesen

oder Städtebau. Bei weitem schwieriger ist es, die Investitionszuschüsse an Unternehmen zu regionalisieren, weil es dafür auch von der Investorseite aus keine statistischen oder sonstwie zugänglichen Informationen gibt. Unter diesen Zuschüssen befinden sich in erheblichem Umfang die an die Deutsche Bundesbahn, von der man natürlich den Unternehmenssitz kennt, aber nicht die weitere Gebietsverteilung der Bundeszuschüsse.

Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, das diese Tabelle bearbeitet, kann nicht alle investiven Ausgaben des Bundes den Ländern zuordnen, auch wenn weitere Quellen wie der dem Bundeshaushaltsplan als Anlage beigefügte Bundesfernstraßenplan u. a. m. zu Rate gezogen werden. Die

unaufgeteilten Beträge können deshalb nur proportional zu den regional identifizierten verteilt werden. Diese Hilfslösung ist natürlich nicht sehr befriedigend.

Für Eurostat ist aber nicht so sehr die Qualität der Daten das Hauptmanko — es drängt sogar auf eine tiefere Aufgabengliederung —, sondern der Umstand, daß über die übrigen Ausgaben und die Einnahmen des Zentralstaates keinerlei dem Regionalkonto gemäße Gebietsinformationen vorliegen. Der partielle Ansatz der investiven Ausgaben liefert zwar für die Ausgestaltung der europäischen Regionalfonds interessante Informationen, doch erst die Regionalisierung aller staatlichen Transaktionen eröffnet die Chance, Regionaleffekte öffentlicher Einnahmen- und Ausgabentätigkeit umfassend zu würdigen, so Eurostat in einer Unterlage zu einem von ihm eigens organisierten Workshop über die regionalen Konten des Zentralstaats.

Bisher haben nur Frankreich und die Niederlande Pilotstudien zu den regionalen Konten des Zentralstaats vorgelegt. Eurostat möchte auch von deutscher Seite aus die Machbarkeit beurteilt wissen, ob und wie das Regionalkonto Staat um den Zentralstaat — zu dem immerhin auch der umverteilungsintensive Bereich der Sozialversicherung gehört — erweitert werden kann. Darauf wird im Sinne des weiter oben angesprochenen Ebenenkonzepts auch bald eine Antwort gefunden werden müssen. Die grundsätzliche Bereitschaft, hier auch zu unkonventionellen, die Schwierigkeiten der Datenglage überwindenden Lösungen zu kommen, ist beim Statistischen Bundesamt und beim Arbeitskreis VGR der Länder vorhanden. Das Statistische Bundesamt hat für die Aufteilung der Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf das frühere Bundesgebiet einerseits und die neuen Länder und Berlin-Ost andererseits bereits Methoden finden müssen.²⁸

Exkurs: Die Behandlung der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen in der VGR

Die öffentlichen Wirtschaftsunternehmen zählen in der Produktionssphäre (Entstehungsrechnung) nicht zum Sektor Staat, sondern zu den Unternehmen. Die Verflechtung mit dem Staat äußert sich in Einkommensverteilung, -verwendung und Vermögensveränderung. Die den weitgehend fiktiven Buchungen zugrundeliegende Idee ist, daß die Ersparnis der Wirtschaftsunternehmen (die durchaus auch negativ sein kann) an den Staat aus-

geschüttet und das, was zur Finanzierung der vermögenswirksamen Ausgaben benötigt und nicht durch vermögenswirksame Einnahmen aufgebracht wird, als Vermögensübertragung vom Staat den Wirtschaftsunternehmen wieder zugeführt wird. Der Finanzierungssaldo der Wirtschaftsunternehmen ist damit stets gleich Null, d. h. Überschüsse oder Fehlbeträge sind im Finanzierungssaldo des Staates enthalten.

Laufende Einnahmen der Wirtschaftsunternehmen (WU)

- laufende Ausgaben der WU (ohne Versorgungsausgaben und Subventionen)
- unterstellte Sozialbeiträge für die Beamten der WU
- Abschreibungen
- = empfangene Vermögenseinkommen des Staates aus seinen WU

Baumaßnahmen

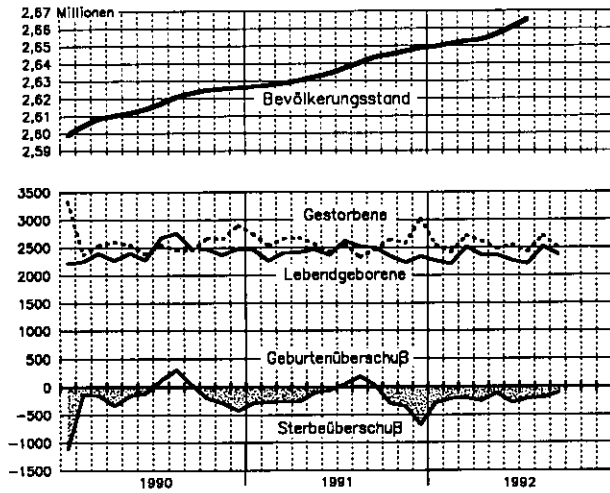
- + Käufe von Ausrüstungsgütern, immateriellen Werten und Land
- Verkäufe von Ausrüstungsgütern, immateriellen Werten und Land
- + geleistete Investitionszuschüsse
- (von anderer staatlicher Ebene) empfangene Investitionszuschüsse
- sonstige empfangene Vermögensübertragungen
- Abschreibungen
- = geleistete (fiktive) Vermögensübertragungen des Staates an seine WU

In den Abzug der laufenden Ausgaben der WU gehen die Versorgungsbezüge der Ruhestandsbeamten der WU und die Subventionszahlungen an die WU nicht mit ein. Die Genitivkonstruktion mag hier verwirren: Zahlende Stelle ist mindestens bei den Subventionen nicht das WU, sondern die Gebietskörperschaft, zu der das WU gehört. Die Ausgabe für die Beamtenversorgung verbleibt in der VGR als Aufgabe beim Staat und ist dort als Sozialleistung zu buchen. Als Subvention werden nach Ziffer 423 ESVG auch die laufenden Übertragungen von staatlichen Stellen zur Deckung von Betriebsverlusten von öffentlichen WU angesehen.

Bernd Struck

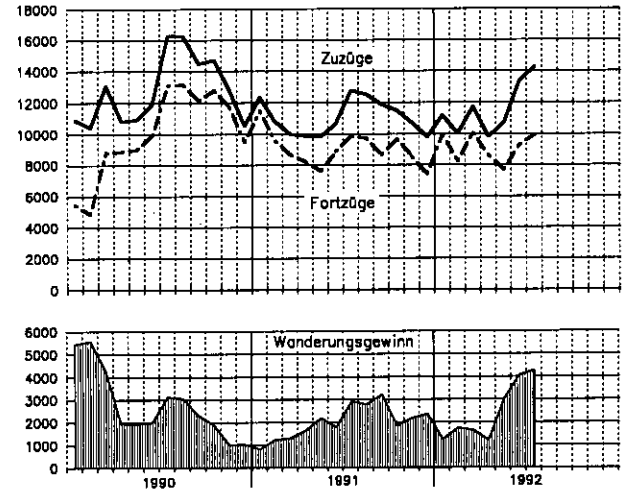
28) Die Lösung des Problems ist beschrieben bei H. Lützel und Mitarbeiter, Inlandsproduktsberechnungen für die neuen Länder und Berlin-Ost, in: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 10/1992.

Bevölkerungsstand

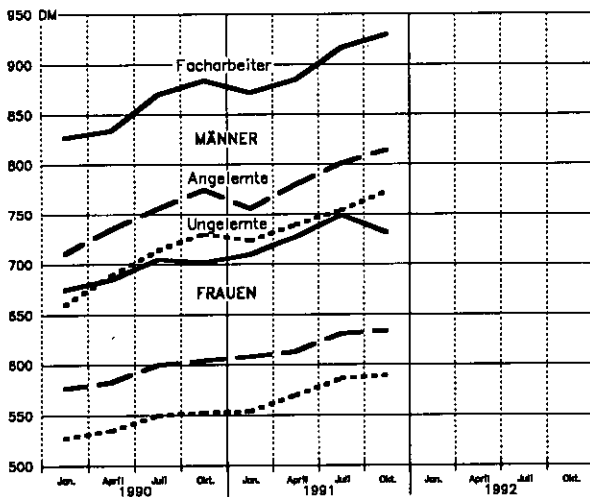


Bevölkerungsveränderung

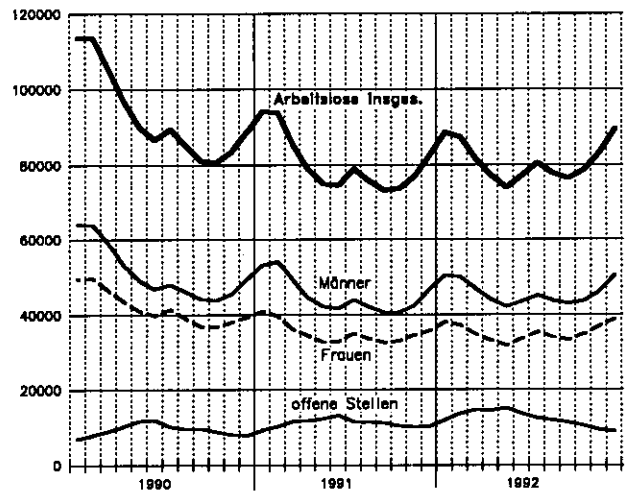
D 6009 - A Stat. LA S-H



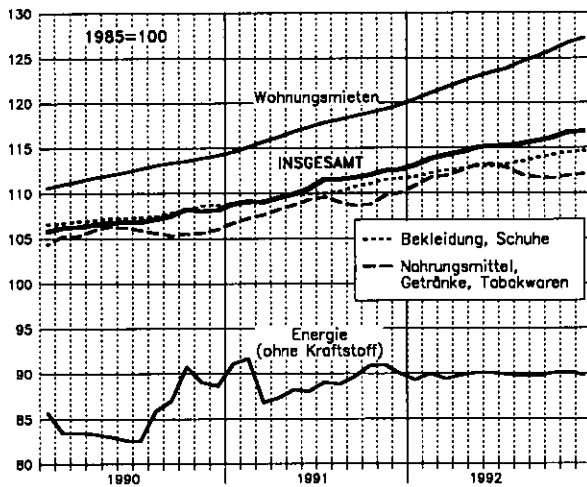
Bruttowochenverdienste



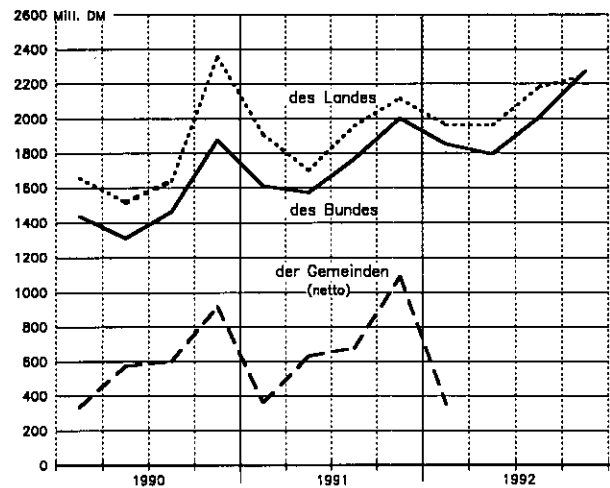
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet

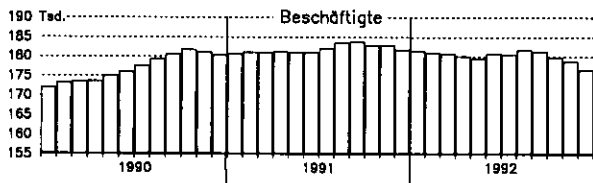
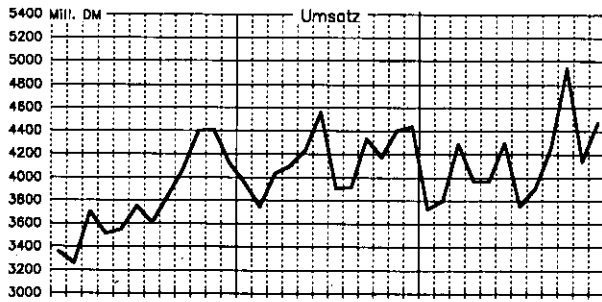


Steuereinnahmen



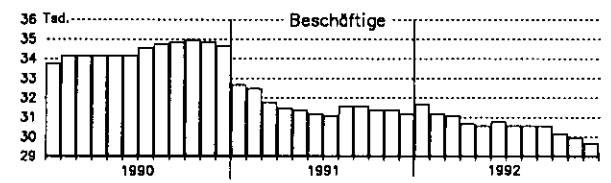
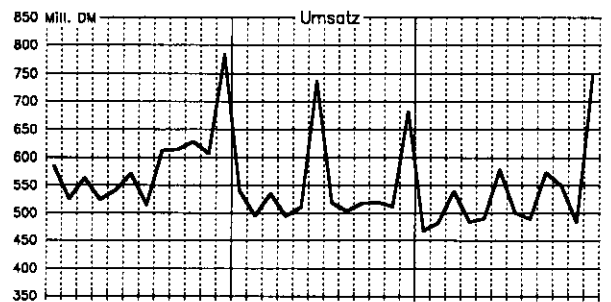
Verarbeitendes Gewerbe

Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

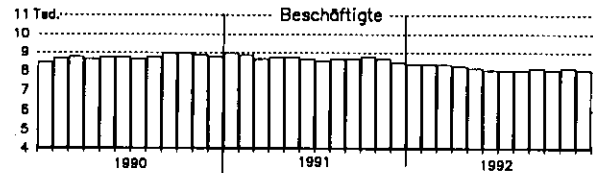
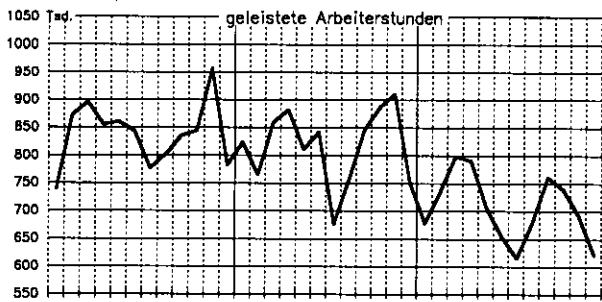


darunter Maschinenbau

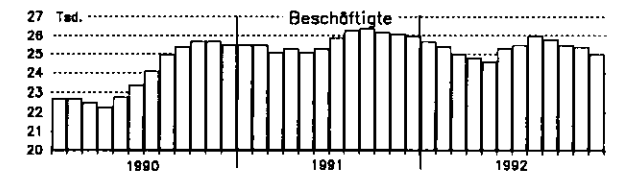
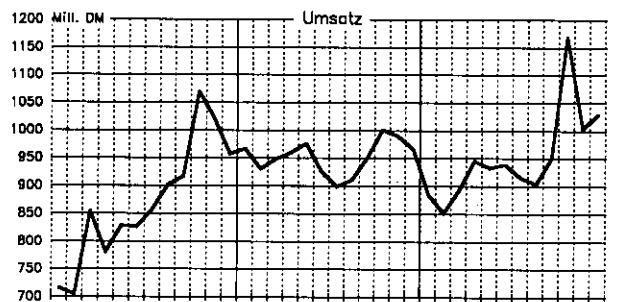
D 6010 - B Stat. LA S-H



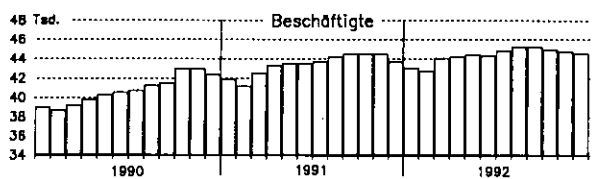
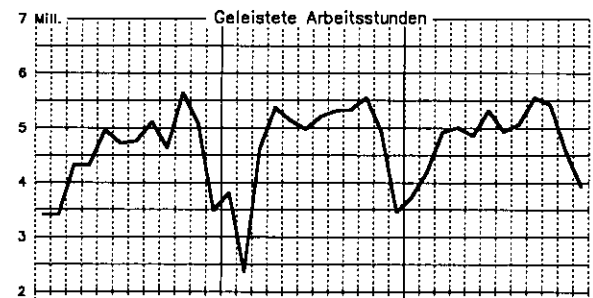
darunter Schiffbau



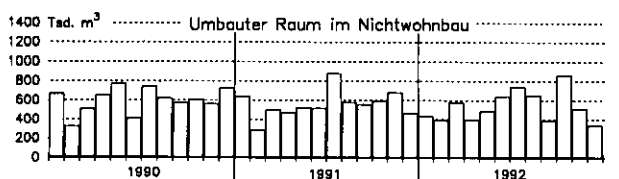
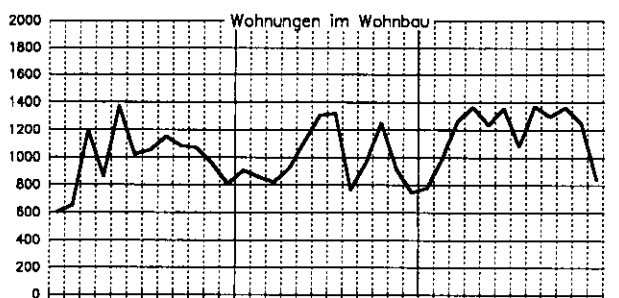
darunter Nahrungs- und Genussmittelgewerbe



Bauhauptgewerbe



Baugenehmigungen





<i>Daten zur Konjunktur</i>	2
<i>Jahreszahlen</i>	4
<i>Zahlenspiegel</i>	6
<i>Kreiszahlen</i>	11
<i>Zahlen für Bundesländer</i>	12

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

Daten zur Konjunktur Schleswig-Holstein

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾					
		Dezember 1992		Januar bis Dezember 1992	
Beschäftigte	1 000	177	- 2,8	180	- 0,9
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	15	- 2,9	16	- 3,1
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	850	+ 6,0	796	+ 5,4
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 474	+ 0,8	4 113	- 0,9
Inlandsumsatz	Mill. DM	3 526	+ 0,1	3 245	- 1,9
Auslandsumsatz	Mill. DM	948	+ 3,3	868	+ 3,1
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 114	- 4,1	2 299	+ 0,4
aus dem Inland	Mill. DM	1 551	- 1,0	1 652	+ 0,1
aus dem Ausland	Mill. DM	563	- 11,8	646	+ 1,0
Energieverbrauch	1 000 t SKE	.	.	203	+ 2,3
BAUHAUPTGEWERBE²⁾					
Beschäftigte	1 000	45	+ 1,9	44	+ 2,2
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	4	+ 13,8	5	+ 2,6
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	186	+ 28,6	164	+ 11,1
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	755	+ 25,6	544	+ 8,8
Auftragseingang ³⁾	Mill. DM	322	+ 9,1	320	+ 10,8
BAUGENEHMIGUNGEN⁴⁾					
Wohnbau	Wohnungen	843	+ 13,3	1 184	+ 19,5
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	344	- 27,0	541	- 4,0
EINZELHANDEL					
		November 1992		Januar bis November 1992	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	144,8	- 1,7	139,7	+ 1,4
GASTGEWERBE					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	95,0	- 2,1	128,1	+ 3,3
FREMDENVKKEHR⁵⁾					
Ankünfte	1 000	216	- 4,6	359	+ 2,3
Übernachtungen	1 000	777	+ 3,5	1 948	+ 6,6
ARBEITSMARKT					
		Dezember 1992		Januar bis Dezember 1992	
Arbeitslose	Anzahl	89 495	+ 8,3	80 737	+ 0,3
Kurzarbeiter	Anzahl	16 170	+ 195,8	10 288	+ 96,9
Offene Stellen	Anzahl	9 094	- 11,6	12 471	+ 12,9
AUSSENHANDEL					
		Oktober 1992		Januar bis Oktober 1992	
Ausfuhr	Mill. DM	1 140,0	+ 4,5	1 060,0	+ 3,3

Fußnoten nächste Seite

Daten zur Konjunktur
Land und Bund im Vergleich

		Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %												
		Januar bis Dez. 1991	Jan. 1992	Febr. 1992	März 1992	April 1992	Mai 1992	Juni 1992	Juli 1992	Aug. 1992	Sept. 1992	Okt. 1992	Nov. 1992	Dez. 1992
VERARBEITENDES GEBIETE¹⁾														
Beschäftigte	Land	+ 2,7	+ 0,3	- 0,0	- 0,1	- 0,6	- 0,8	- 0,1	- 0,8	- 1,0	- 1,4	- 1,6	- 2,3	- 2,8
	Bund	+ 1,4	- 0,7	- 1,1	- 1,3	- 1,6	- 1,9	- 2,0	- 2,5	- 2,7	- 3,0	- 3,5
Geleistete Arbeiterstunden	Land	+ 1,8	- 2,0	- 1,0	+ 2,4	- 4,1	- 5,8	- 2,8	- 3,4	- 3,9	- 1,6	- 4,7	- 6,9	- 2,9
	Bund	- 0,5	- 4,5	- 1,2	+ 2,4	- 5,4	- 3,1	- 4,6	- 5,4	- 6,2	- 3,0	- 6,0
Lohn- und Gehaltssumme	Land	+ 9,0	+ 7,0	+ 6,8	+ 7,1	+ 5,6	- 1,2	+ 8,1	+ 6,6	+ 4,5	+ 5,8	+ 3,5	+ 5,5	+ 6,0
	Bund	+ 7,3	+ 5,4	+ 5,4	+ 6,1	+ 4,8	- 0,3	+ 2,6	+ 6,0	+ 2,9	+ 3,9	+ 1,0
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+ 9,3	- 5,7	+ 1,5	+ 6,4	- 3,1	- 6,3	- 5,7	- 3,9	- 0,1	- 1,7	+ 14,1	- 6,0	+ 0,8
	Bund	+ 6,9	+ 0,2	+ 4,4	+ 6,7	- 1,2	+ 1,5	- 0,6	- 0,6	- 2,3	+ 3,3	- 3,3
Inlandsumsatz	Land	+ 12,2	- 4,6	+ 0,9	+ 1,3	- 1,6	- 5,1	- 5,8	- 5,2	- 2,5	+ 0,5	+ 3,9	- 4,7	+ 0,1
	Bund	+ 10,6	- 0,1	+ 4,4	+ 5,5	- 1,2	+ 1,0	- 1,1	- 1,1	- 2,1	+ 3,2	- 2,9
Auslandsumsatz	Land	- 0,8	- 10,2	+ 3,8	+ 27,5	- 9,6	- 10,5	- 5,4	+ 2,4	+ 9,9	- 10,3	+ 57,7	- 10,6	+ 3,3
	Bund	- 1,8	- 0,4	+ 3,2	+ 8,9	- 1,2	+ 2,4	+ 1,0	+ 1,0	- 2,8	+ 3,5	- 4,5
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Land	+ 2,8	- 14,8	+ 6,2	+ 16,4	+ 0,3	- 16,6	+ 11,1	- 2,1	+ 9,7	+ 3,9	- 5,8	+ 5,9	- 4,1
	Bund	+ 2,3	- 1,9	+ 5,6	+ 5,8	- 2,4	- 1,1	- 2,9	- 4,4	- 7,0	+ 0,1	- 9,3	- 7,8	...
aus dem Inland	Land	+ 9,9	- 16,2	+ 11,4	+ 12,0	- 1,5	- 4,7	+ 16,2	- 0,5	+ 1,2	+ 4,3	- 5,9	- 8,5	- 1,0
	Bund	+ 5,2	- 1,8	+ 5,7	+ 3,6	- 2,9	- 0,6	- 4,0	- 2,8	- 6,0	+ 1,4	- 7,0	- 8,7	...
aus dem Ausland	Land	- 11,9	- 10,3	- 4,9	+ 29,1	+ 5,2	- 35,5	- 2,3	- 6,3	+ 36,9	+ 2,6	- 5,6	+ 43,8	- 11,8
	Bund	- 5,0	- 2,1	+ 5,4	+ 13,5	- 1,4	- 2,0	- 0,6	- 7,3	- 9,2	- 2,6	- 13,8	- 5,9	...
Energieverbrauch (vierteljährlich)	Land	- 1,6	-----	+ 1,5	-----	-----	- 6,7	-----	-----	+ 11,2	-----	-----	+ 4,4	-----
	Bund	+ 0,3	-----	- 4,8	-----	-----	- 4,6	-----	-----	- 1,6	-----	-----	...	-----
BAUHAUPTGEBIETE²⁾														
Beschäftigte	Land	+ 4,1	+ 2,9	+ 3,8	+ 3,6	+ 2,1	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,3	+ 1,5	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,9
	Bund	+ 2,7	+ 1,9	+ 2,3	+ 0,4	- 0,7	- 0,5	- 0,1	- 0,6	- 0,6	- 0,6	pt 1,2
Geleistete Arbeitsstunden	Land	+ 1,5	- 2,1	+ 7,5	+ 6,3	- 6,8	- 5,6	+ 6,8	- 5,4	- 4,6	+ 4,0	- 2,1	- 6,9	+ 13,8
	Bund	- 1,2	- 6,0	+ 46,1	+ 2,5	- 5,7	+ 0,3	+ 0,1	- 4,1	- 3,4	+ 3,0	pt 1,2
Lohn- und Gehaltssumme	Land	+ 11,0	+ 5,6	+ 45,0	+ 11,5	+ 1,2	+ 1,8	+ 14,9	+ 11,3	+ 5,2	+ 11,0	+ 0,5	+ 11,8	+ 28,6
	Bund	+ 8,8	+ 5,4	+ 39,7	+ 10,7	+ 1,1	+ 1,9	+ 11,6	+ 7,6	+ 4,0	+ 3,7	pt 2,1
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+ 8,3	- 13,7	+ 20,3	+ 21,3	+ 6,6	+ 7,7	+ 12,5	+ 8,1	+ 0,4	+ 4,6	+ 0,7	+ 11,9	+ 25,6
	Bund	+ 10,9	+ 10,3	+ 30,8	+ 25,2	+ 11,2	+ 11,1	+ 8,7	+ 5,6	+ 10,4	+ 10,7
Auftragseingang ³⁾	Land	+ 2,2	+ 13,3	+ 30,7	+ 5,0	+ 8,3	+ 18,5	+ 20,5	+ 5,2	- 9,6	+ 16,3	+ 3,3	+ 22,2	+ 9,1
	Bund	+ 10,5	+ 11,0	+ 20,0	+ 13,2	+ 7,2	+ 4,0	+ 7,6	+ 3,3	- 2,2	- 2,7	pt 1,6	pt 1,6	...
BAUGENEHMIGUNGEN⁴⁾														
Wohnbau (Wohnungen)	Land	+ 0,5	- 14,0	+ 16,0	+ 54,8	+ 48,0	+ 10,4	+ 3,7	- 18,1	+ 79,0	+ 35,3	+ 8,8	+ 37,0	+ 13,3
	Bund	pt 2,7	pt 12,8	pt 0,5	pt 33,6	pt 3,9	pt 27,8	pt 11,1	pt 11,9	pt 16,3	pt 22,1
Nichtwohnbau (Umbauter Raum)	Land	- 6,4	- 32,3	+ 37,2	+ 14,3	- 16,3	- 6,6	+ 23,6	- 15,5	+ 13,2	- 33,1	+ 45,3	- 24,3	- 27,0
	Bund	pt 2,3	pt 12,8	pt 19,9	pt 14,2	pt 4,9	pt 1,2	pt 2,8	pt 2,4	pt 10,9	pt 8,2
EINZELHANDEL														
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Land	+ 7,3	+ 2,7	+ 6,2	- 2,9	+ 6,1	- 3,2	+ 3,2	- 0,4	- 2,4	+ 6,7	+ 3,8	- 1,7	...
	Bund	+ 8,5	+ 1,8	+ 4,9	- 2,8	+ 1,4	- 2,2	- 1,8	- 2,4	- 3,2	+ 6,5	+ 0,6
GASTGEBIETE														
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Land	+ 4,0	+ 3,7	+ 11,6	- 7,9	+ 7,0	+ 1,0	+ 11,0	+ 6,0	+ 2,0	+ 3,3	+ 0,7	- 2,1	...
	Bund	+ 3,6	+ 3,7	+ 10,3	+ 1,0	+ 2,0	+ 4,5	+ 0,5	+ 1,9	- 0,5	+ 0,8	+ 2,3
FREMDENERKEHR⁵⁾														
Ankünfte	Land	+ 6,2	+ 5,5	+ 13,7	- 17,4	+ 16,1	pt 2,1	pt 10,5	pt 1,0	pt 0,4	pt 3,1	pt 2,8	pt 4,6	...
	Bund	+ 1,5	+ 1,2	+ 8,7	- 2,0	- 0,3	+ 1,7	- 1,1	- 0,4	- 2,3	+ 0,2
Übernachtungen	Land	+ 6,9	+ 5,7	+ 10,5	- 21,6	+ 28,9	pt 0,1	pt 16,6	pt 6,6	pt 2,9	pt 8,9	pt 6,7	pt 3,5	...
	Bund	+ 4,1	+ 2,8	+ 5,9	- 5,2	+ 5,8	- 0,3	+ 0,8	+ 0,2	- 2,0	+ 0,1
ARBEITSMARKT														
Arbeitslose	Land	- 7,5	- 6,0	- 6,9	- 4,4	- 2,0	- 1,2	+ 3,5	+ 2,0	+ 2,6	+ 4,3	+ 6,6	+ 8,2	+ 8,3
	Bund	- 7,6	+ 0,1	- 0,3	+ 2,1	+ 5,8	+ 6,3	+ 7,7	+ 7,9	+ 8,9	+ 10,8	+ 14,5	+ 16,5	+ 17,0
offene Stellen	Land	+ 7,4	+ 28,5	+ 33,9	+ 26,8	+ 23,3	+ 23,9	+ 4,0	+ 8,6	+ 5,1	+ 1,2	+ 1,1	- 7,5	- 11,6
	Bund	+ 5,7	+ 3,3	+ 7,5	+ 4,7	+ 2,3	0,0	- 2,2	- 3,3	- 4,1	- 6,8	- 9,9	- 13,5	- 17,5
Kurzarbeiter	Land	+ 47,3	+ 40,1	+ 64,0	+ 82,7	+ 83,5	+ 48,4	+ 47,3	+ 43,9	+ 58,2	+ 88,9	+ 218,3	+ 247,5	+ 195,8
	Bund	+ 159,7	+ 132,0	+ 89,8	+ 91,4	+ 70,4	+ 121,6	+ 40,9	+ 8,4	- 1,3	+ 54,2	+ 88,7	+ 134,3	+ 274,7
AUSSENHANDEL														
Ausfuhr	Land	+ 5,8	+ 1,9	+ 2,8	+ 9,7	+ 22,0	- 6,8	- 4,0	+ 8,3	+ 8,1	- 9,5	+ 4,5
	Bund	+ 0,9	- 2,6	+ 5,0	+ 12,2	+ 11,6	- 4,3	- 3,8	+ 2,3	- 4,7	+ 5,1	+ 2,1

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

3) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude

5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

Hinweis: Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein

Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	Ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen
1987 ^a	2 554	6,4	10,2	12,1	- 5	5	1 155	62	336	247	511
1988	2 560	6,7	10,7	11,9	- 3	12	1 135	57	339	235	505
1989	2 574	6,7	10,6	11,9	- 3	33	1 166	52	349	242	523
1990	2 614	7,1	11,1	12,0	- 2	34	1 234	62	352	265	555
1991	2 636	6,9	11,0	11,8	- 2	25	1 236	57	361	258	559

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen									Bruttoinlandsprodukt ²⁾				
	Schülerinnen/Schüler im September in				von 100 Schülerinnen/Schülern erreichten					in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1985		
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Inte- grierten Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mitt- leren Abschluß	Fach- hochschul- reife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund = 100
	in 1 000													
1987	133	13	53	67	2	10	33	32	25	70 998	2,3	67 604	0,0	95
1988	132	12	50	64	2	10	33	31	26	75 051	5,7	70 129	3,7	95
1989	133	12	48	62	2	10	33	31	26	77 080	2,7	69 741	- 0,6	92
1990	135	12	48	62	3	10	33	31	27	84 250	9,3	73 612	5,5	93
1991	134	11	49	62	4	91 438	8,5	76 102	3,4	92

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtungen ⁵⁾		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁴⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ³⁾									
	in 1 000										
1987	1 497	480	1 632	.	563	2 558	2 388	4 802	2 132	121	494
1988	1 481	481	1 540	3 069	520	2 538	2 371	4 930	2 487	113	757
1989	1 491	480	1 451	.	491	2 273	2 411	5 014	2 342	141	753
1990	1 525	472	1 445	3 343	592	2 402	2 324	4 881	2 186	139	972
1991	1 473	458	1 387	.	735	2 161	2 326	5 005	2 257	148	768

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		Arbeiter- stunden in Mill.	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter				ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas		Strom ⁷⁾
	in 1 000			Bruttosumme in Mill. DM		Mill. DM		1 000 t SKE ⁸⁾				Beschäft- igte am 30. 6. in 1 000
1987	164	112	183	3 973	2 869	35 945	8 097	169	1 289	562	333	41
1988	165	112	185	4 133	3 029	38 335	9 212	164	1 258	654	353	40
1989	169	114	186	4 325	3 245	40 969	9 833	175	1 061	676	365	40
1990	177	119	194	4 771	3 549	45 569	10 182	167	1 204	663	389	42
1991	182	122	198	5 147	3 919	49 804	10 097	174	1 250	560	399	44

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensusserhebungen

2) ab 1989 vorläufiges Ergebnis

3) ohne Ammen- und Mutterkühe

4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

5) gewerbliche und Hausschlachtungen

6) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

7) ohne Eigenerzeugung

8) 1 t SKE (Steinkohle-Einheit) = 29 308 MJ

a) Ergebnis der Volkszählung vom 25. 5. 1987

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ³⁾			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1) in 1 000	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau 2) in %						insgesamt	Auslands-gäste	insgesamt	von Auslands-gästen
Mill. DM								in 1 000				
1987	7	7	29	1 125 ^a	10 156	4 858	1 521	8 614	3 088	378	17 137	709
1988	7	7	23	1 132	11 087	5 492	1 724	9 277	3 193	379	17 181	724
1989	8	8	15	1 140	12 555	6 169	1 898	10 337	3 448	444	17 650	866
1990	12	8	12	1 148	11 965	6 110	1 828	10 221	3 801	479	19 390	877
1991	12	9	10	1 158	12 650 ^b	6 882 ^b	1 710 ^b	10 680 ^b	4 037	550	20 730	1 064

Jahr	Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschäden				Spar-einlagen ⁶⁾ am 31. 12. in Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegs-opfer-fürsorge Aufwand in Mill. DM
	insgesamt in 1 000	Kraft-räder	Pkw ⁵⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte	insgesamt		Hilfe zum Lebensunterhalt		Empfänger in 1 000	
										Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM		
1987	1 338	52	1 140	53	15 808	337	20 383	20 150	1 222,7	486,3	99,9	72,2	
1988	1 376	51	1 177	54	17 106	372	21 989	20 736	1 311,1	514,9	106,7	77,7	
1989	1 419	51	1 216	55	16 786	344	21 619	20 080	1 420,4	566,9	118,3	82,8	
1990	1 467	52	1 262	57	17 326	364	22 574	19 526	1 591,1	662,6	166,6	90,1	
1991	1 490	54	1 279	60	16 483 ^b	351 ^b	21 393 ^b	19 669	1 654,5	626,4	123,5	97,7	

Jahr	Steuern								Schulden			
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Ver-brauch-steuern	Gewerbe-steuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände 7)	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohn-steuer	veranlagte Einkommen-steuer				insgesamt	Kredit-markt-mittel
Mill. DM												
1987	5 605	6 197	2 077	3 245	6 690	4 850	1 029	471	763	17 047	3 241	2 509
1988	5 952	6 554	2 231	3 467	7 144	5 005	1 214	460	884	18 204	3 490	2 732
1989	6 480	6 937	2 445	3 681	7 899	5 396	1 398	491	952	18 836	3 619	2 857
1990	6 094	7 176	2 431	3 630	7 890	5 310	1 506	137	966	20 128	3 794	2 957
1991	6 951	7 685	2 761	4 332	8 825	6 214	1 431	125	1 062	20 990	4 058	3 188

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise ⁸⁾			Lebenshaltung aller privaten Haushalte 1985 = 100	Industriearbeiter ⁹⁾		Angestellte in Industrie 9) und Handel			öffentlicher Dienst		
	gewerblicher Produkte 1985 = 100	landwirtschaftlicher Produkte 1985 = 100	für Wohn-gebäude 1985 = 100		Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹⁰⁾			
					insgesamt	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte	technische Angestellte	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)
DM												
1987	95,1	91,7	103,3	100,1	100,1	735	515	3 845	2 606	4 466	3 622	2 703
1988	96,3	91,8	105,5	101,4	100,3	764	536	3 986	2 708	4 631	3 708	2 767
1989	99,3	99,8	109,4	104,2	102,6	786	552	4 126	2 823	4 779	3 759	2 805
1990	101,0	94,7	116,4	107,0	105,6	821	572	4 297	2 953	4 972	3 822	2 852
1991	103,4	94,0	124,3	110,7	108,6	866	605	4 539	3 192	5 323	4 048	3 020

1) Errichtung neuer Gebäude 2) 1. Förderungsweg 3) Nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen 4) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr 5) einschließlich Kombinationskraftwagen 6) ohne Postspareinlagen 7) einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände 8) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer 9) einschließlich Hoch- und Tiefbau 10) Endgehalt. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind

a) Basis Gebäude- und Wohnungszählung 1987, ohne Wohnungen in Wohnheimen
b) vorläufige Ergebnisse

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1990	1991	1991			1992				
				Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT											
BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 614	2 636	2 645	2 647	2 649	
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG											
Eheschließungen	Anzahl	1 544	1 522	1 368	1 061	1 368	
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	7,1	6,9	6,1	4,9	6,1	
Lebendgeborene	Anzahl	2 421	2 411	2 344	2 232	2 342	
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,1	11,0	10,4	10,3	10,4	
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 622	2 600	2 642	2 575	3 022	
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,0	11,8	11,8	11,8	13,4	
darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	16	18	20	19	16	
	je 1 000 Lebendgeborene	6,6	7,5	8,5	8,5	6,8	
Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 201	- 189	- 298	- 343	- 680	
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 0,9	- 0,9	- 1,3	- 1,6	- 3,0	
WANDERUNGEN											
Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	12 773	11 069	11 519	10 735	9 777	
Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	9 945	9 013	9 651	8 519	7 386	
Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 2 828	+ 2 056	+ 1 868	+ 2 216	+ 2 391	
Innerhalb des Landes Umgezogene 1)	Anzahl	9 400	9 087	9 347	9 370	8 595	
Wanderungsfälle	Anzahl	32 118	29 169	30 517	28 624	25 758	
ARBEITSLAGE											
Arbeitslose (Monatsende)	1 000	94	81	74	77	83	76	79	83	89	
darunter Männer	1 000	52	45	41	42	47	43	44	46	51	
Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	3,5	5,2	3,6	4,2	5,5	6,2	11,6	14,6	16,2	
darunter Männer	1 000	3,4	4,5	3,0	3,5	4,9	4,9	9,3	12,0	13,7	
Offene Stellen (Monatsende)	1 000	9,3	11,0	10,4	10,2	10,3	11,4	10,5	9,4	9,1	
LANDWIRTSCHAFT											
VIEHBESTAND											
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 525 ^a	1 473 ^a	.	.	1 473	.	.	.	p 1 437	
darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	472 ^a	458 ^a	.	.	458	.	.	.	p 441	
Schweine	1 000	1 445 ^a	1 387 ^a	.	.	1 387	.	.	.	p 1 397	
darunter Zuchtsauen	1 000	144 ^a	138	.	.	138	.	.	.	p 141	
darunter trächtig	1 000	99 ^a	96 ^a	.	.	96	.	.	.	p 98	
SCHLACHTUNGEN²⁾											
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	49	61	77	63	47	50	60	50	36	
Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
Schweine	1 000 St.	200	180	166	165	151	160	165	162	151	
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	1	1	1	2	1	0	1	2	1	
SCHLACHTMENGEN³⁾ AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN²⁾											
(ohne Geflügel)	1 000 t	33,1	34,5	38,5	33,4	27,5	30,3	33,9	29,9	24,8	
darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	15,2	18,3	23,4	18,6	13,9	15,6	18,7	15,1	11,0	
Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
Schweine	1 000 t	17,5	15,8	14,7	14,4	13,2	14,3	14,8	14,5	13,5	
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT für²⁾											
Rinder (ohne Kälber)	kg	310	300	305	298	298	314	316	307	305	
Kälber	kg	125	122	128	131	128	127	127	126	129	
Schweine	kg	88	88	89	89	88	90	90	90	90	
GEFLÜGEL											
Eingelegte Bruteier ⁴⁾	1 000	96	95	
für Legehennenküken	1 000	
für Masthühnerküken	1 000	
Geflügelfleisch ⁵⁾	1 000 kg	63	49	
MILCHERZEUGUNG											
	1 000 t	194	194	191	180	190	191	197	185	...	
darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	95	95	93	95	95	93	94	94	...	
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,4	13,7	13,3	12,9	13,2	13,9	13,9	13,5	...	

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslandtiere 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Inneren 4) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 5) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

		1990	1991	1991			1992			
			Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
PRODUZIERENDES GEWERBE										
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	177	182	183	183	182	181	180	179	177
darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	119	122	123	123	121	119	118	117	116
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	16 205	16 492	17 391	17 068	15 147	16 699	16 576	15 884	14 711
Lohnsumme	Mill. DM	397,6	429,0	433,7	551,3	442,2	430,0	432,7	567,2	463,0
Gehaltssumme	Mill. DM	295,8	326,6	307,7	432,5	359,2	338,4	334,6	470,6	386,7
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 227	2 290	2 319	2 267	2 204	2 436	2 185	2 401	2 114
aus dem Inland	Mill. DM	1 501	1 650	1 721	1 643	1 566	1 854	1 621	1 504	1 551
aus dem Ausland	Mill. DM	726	640	597	624	638	582	564	897	563
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 797	4 150	4 173	4 405	4 440	4 259	4 759	4 140	4 474
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 949	3 309	3 387	3 432	3 522	3 458	3 520	3 271	3 526
Auslandsumsatz	Mill. DM	849	841	786	973	918	802	1 239	870	948
Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	14	15
Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	46,0	38,9
Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³
Erd- und Erdölgas	Mill. m ³
Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	71	74
leichtes Heizöl	1 000 t	7	8
schweres Heizöl	1 000 t	65	66
Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	297	304	324	321	297	322	335	318	288
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	33	38	43	37	29	40	42	37
Index der Nettoproduktion für Betriebe im produzierenden Gewerbe ⁶⁾	1985 = 100	122,9	129,2	137,4	135,6	122,2	136,1	138,7	132,5	...
BAUHAUPTGEWERBE⁷⁾										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	41 773	43 486	44 564	44 525	43 783	45 282	44 986	44 804	44 618
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 608	4 676	5 548	4 923	3 461	5 554	5 429	4 581	3 939
darunter für Wohnungsbauten	1 000	1 782	1 872	2 184	2 005	1 329	2 245	2 210	1 878	1 694
gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 213	1 277	1 458	1 319	988	1 487	1 458	1 236	1 026
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 484	1 438	1 790	1 504	1 068	1 705	1 675	1 379	1 163
Lohnsumme	Mill. DM	110,9	122,8	138,6	186,8	117,3	138,9	136,2	205,5	154,7
Gehaltssumme	Mill. DM	21,8	24,5	24,2	39,4	27,2	26,5	27,6	47,3	31,1
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	462,1	500,4	598,0	602,6	602,0	618,6	602,0	674,5	755,8
Auftragseingang ⁸⁾	Mill. DM	282,2	288,4	287,3	256,9	295,0	394,2	296,8	313,9	322,0
AUSBAUGEWERBE⁸⁾										
Beschäftigte	Anzahl	8 284	8 940	9 579	9 591	9 411	9 641	9 933	9 845	9 746
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	978	1 049	1 214	1 140	1 027	1 175	1 204	1 142	1 104
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	25,3	28,6	31,3	36,9	31,8	32,2	33,2	40,0	36,1
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	75,2	91,9	107,6	110,8	151,3	106,2	116,6	132,7	195,8
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 263	2 110	1 931	1 919	1 750	2 172	1 916	2 339	...
Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	973	1 000	1 038	1 082	1 140	929	1 068	1 071	...
Gas erzeugung (brutto)	Mill. m ³
HANDWERK										
HANDWERK (Meßzahlen)⁹⁾										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	104,8	109,0	.	.	110,5	113,6
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	185,4	212,9	.	.	236,1	234,7

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₂ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse 8) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1990	1991	1991			1992				
				Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
BAUTÄTIGKEIT											
BAUGENEHMIGUNGEN											
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	509	484	616	524	328	592	633	546	491	
darunter mit											
1 Wohnung	Anzahl	414	386	517	430	237	455	466	389	389	
2 Wohnungen	Anzahl	53	52	44	47	35	75	97	74	62	
Rauminhalt	1 000 m ³	482	469	588	448	330	588	596	577	413	
Wohnfläche	1 000 m ²	87	86	109	83	62	110	110	104	74	
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	123	107	113	99	80	105	109	95	76	
Rauminhalt	1 000 m ³	602	564	596	688	471	394	866	521	344	
Nutzfläche	1 000 m ²	97	92	101	106	75	69	139	80	53	
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 148	1 173	1 446	1 108	900	1 461	1 566	1 460	1 202	
HANDEL UND GASTGEWERBE											
AUSFUHR											
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	997,1	1 054,7	1 091,1	941,0	1 450,2	942,6	1 140,0	
davon Güter der	Mill. DM	145,4	164,0	186,7	167,2	158,7	128,9	202,3	
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	851,7	890,7	904,4	773,8	1 291,5	813,8	937,7	
gewerblichen Wirtschaft											
davon											
Rohstoffe	Mill. DM	14,7	15,5	18,6	14,9	15,6	13,4	20,3	
Halbwaren	Mill. DM	62,0	55,8	53,1	61,5	52,0	57,4	51,2	
Fertigwaren	Mill. DM	775,0	819,3	832,7	697,4	1 223,8	743,0	866,1	
davon											
Vorerzeugnisse	Mill. DM	122,1	114,0	136,3	117,0	84,0	99,6	119,1	
Enderzeugnisse	Mill. DM	652,9	705,3	696,4	580,5	1 139,7	643,3	747,0	
nach ausgewählten Verbrauchsländern											
EG-Länder	Mill. DM	509,2	573,5	573,4	531,9	758,2	480,3	533,1	
darunter Niederlande	Mill. DM	102,2	106,5	123,3	111,8	105,4	103,1	99,2	
Dänemark	Mill. DM	77,6	85,1	80,2	82,3	63,9	84,6	85,1	
Frankreich	Mill. DM	90,2	85,1	90,4	94,1	77,0	73,8	89,0	
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	75,7	73,8	78,1	78,2	75,4	74,5	84,3	
EINZELHANDELSUMSÄTZE (Meßzahl)	1986 = 100	130,3	139,8	141,3	147,2	163,4	136,7	146,6	144,8	...	
GASTGEWERBEUMSÄTZE (Meßzahl)	1986 = 100	117,7	122,4	121,5	97,1	105,4	147,4	122,4	95,0	...	
FREMDEVERKEHR IN BEHERBERGUNGSTÄTTEN MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)											
Ankünfte	1 000	317	336	368	227	175	p 446	p 378	p 216	...	
darunter von Auslandsgästen	1 000	40	46	47	46	32	p 42	p 41	p 35	...	
Übernachtungen	1 000	1 616	1 728	1 706	751	637	p 2 569	p 1 820	p 777	...	
darunter von Auslandsgästen	1 000	73	89	99	93	68	p 87	p 90	p 77	...	
VERKEHR											
SEESCHIFFFAHRT¹⁾											
Güterempfang	1 000 t	1 648	
Güterversand	1 000 t	919	
BINNENSCHIFFFAHRT											
Güterempfang	1 000 t	138	137	145	158	109	134	172	
Güterversand	1 000 t	165	158	150	163	157	130	152	
ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE²⁾											
darunter Krafträder	Anzahl	11 254	12 596	10 619	10 156	8 429	9 697	10 538	
Personenkraftwagen 3)	Anzahl	294	379	135	73	52	229	143	
Lastkraftwagen	Anzahl	10 060	11 169	9 562	9 176	7 341	8 719	9 560	
(einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	570	706	661	678	732	540	607	
STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE											
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 444	1 387	1 300	1 430	1 285	1 386	r 1 363	p 1 371	p 1 105	
Getötete Personen	Anzahl	30	29	20	31	30	26	r 27	p 37	p 27	
Verletzte Personen	Anzahl	1 881	1 803	1 653	1 836	1 649	1 808	r 1 751	p 1 763	p 1 429	

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

		1990	1991	1991			1992			
				Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.
GELD UND KREDIT										
INSOLVENZEN										
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte, ohne Anschlußkonkurse)	Anzahl	47	45	37	29	54	49	49	46	40
Vergleichsverfahren	Anzahl	1	0	-	-	-	-	-	-	-
KREDITE UND EINLAGEN¹⁾										
		4-Monats- durchschnitt ³⁾								
Kredite ²⁾ an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	81 692	87 934	89 664	90 614	91 436	95 611	-	-	...
darunter										
Kredite 2) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	80 154	86 397	88 175	89 159	89 952	94 064	-	-	...
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	10 533	11 469	11 530	11 705	11 791	12 501	-	-	...
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	10 266	11 243	11 311	11 444	11 549	12 123	-	-	...
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	266	226	219	261	242	378	-	-	...
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	4 353	5 089	5 339	5 429	5 504	6 137	-	-	...
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	3 698	4 109	4 291	4 303	4 370	5 101	-	-	...
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	655	981	1 048	1 125	1 134	1 036	-	-	...
langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	65 259	69 839	71 306	72 026	72 657	75 426	-	-	...
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	48 881	51 174	51 944	52 370	52 850	55 327	-	-	...
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	16 385	18 665	19 362	19 656	19 807	20 099	-	-	...
Einlagen und aufgenommene Kredite ²⁾ von Nichtbanken	Mill. DM	61 863	63 561	64 036	65 325	66 933	68 813	-	-	...
Sichteinlagen und Termingelder von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	42 652	44 313	45 052	46 349	47 265	49 632	-	-	...
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	34 571	38 923	39 616	40 762	41 652	43 973	-	-	...
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	8 081	5 390	5 436	5 587	5 612	5 659	-	-	...
Spareinlagen	Mill. DM	19 211	19 249	18 984	18 977	19 669	19 181	-	-	...
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	18 876	18 946	18 699	18 703	19 382	18 916	-	-	...
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	335	302	285	273	286	265	-	-	...
STEUERN										
		Vierteljahres- durchschnitt					3.Vj.92		4.Vj.92	
STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 955	3 454	-	-	-	4 025	-	-	4 452
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	2 048	2 371	-	-	-	2 795	-	-	3 123
Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 491	1 732	-	-	-	2 026	-	-	2 314
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	376	358	-	-	-	405	-	-	499
nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	55	78	-	-	-	72	-	-	41
Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	125	204	-	-	-	292	-	-	270
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	907	1 083	-	-	-	1 230	-	-	1 329
Umsatzsteuer	Mill. DM	608	722	-	-	-	871	-	-	911
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	300	361	-	-	-	358	-	-	418
Bundessteuern	Mill. DM	55	54	-	-	-	47	-	-	47
Zölle	Mill. DM	0	0	-	-	-	-	-	-	-
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	34	31	-	-	-	29	-	-	34
Landessteuern	Mill. DM	214	236	-	-	-	270	-	-	252
Vermögensteuer	Mill. DM	37	47	-	-	-	43	-	-	53
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	90	92	-	-	-	128	-	-	103
Biersteuer	Mill. DM	8	10	-	-	-	9	-	-	8
Gemeindesteuern	Mill. DM	340	371	-	-	-	...	-	-	...
Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	-	-	-	...	-	-	...
Grundsteuer B	Mill. DM	77	82	-	-	-	...	-	-	...
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	241	266	-	-	-	...	-	-	...
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 524	1 738	-	-	-	2 007	-	-	2 269
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	859	959	-	-	-	1 136	-	-	1 307
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	590	704	-	-	-	799	-	-	864
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	20	21	-	-	-	25	-	-	52
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 794	1 921	-	-	-	2 180	-	-	2 248
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	928	1 120	-	-	-	1 312	-	-	1 410
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	632	542	-	-	-	568	-	-	524
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	20	22	-	-	-	30	-	-	62
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	608	690	-	-	-	...	-	-	...
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	202	223	-	-	-	...	-	-	...
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	313	349	-	-	-	...	-	-	...

Fußnoten nächste Seite

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

	1990	1991	1991			1992			
	Monats- durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
PREISE									
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBIET* 1985 = 100									
Einfuhrpreise ⁶⁾	82,5	82,8	82,9	82,4	81,1	78,8	78,9
Ausfuhrpreise ⁶⁾	102,2	103,5	103,7	103,6	103,5	104,5	104,2
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes ⁶⁾	91,4	91,0	91,2	90,8	90,0	89,4	89,1	89,2	...
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁶⁾	101,0	103,4	104,4	104,3	104,1	105,1	104,9	104,8	...
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	94,7	94,1	95,2	97,3	97,9	90,9	89,4
Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	116,4	124,3	.	126,5	.	.	.	133,1	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾	95,7	98,3	99,0	99,6	99,6	99,4	99,1
Einzelhandelspreise	104,4	107,1	107,7	108,3	108,3	109,9	110,1	110,4	110,4
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	107,0	110,7	112,0	112,5	112,6	115,7	116,1	116,7	116,8
darunter für									
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	105,6	108,6	108,7	109,7	110,0	111,7	111,6	111,9	112,1
Bekleidung, Schuhe	107,5	110,1	111,0	111,5	111,6	113,9	114,2	114,5	114,6
Wohnungsmieten	112,5	117,3	118,9	119,3	119,8	125,2	125,9	126,7	127,2
Energie (ohne Kraftstoffe)	85,5	89,4	90,9	91,0	90,0	89,7	90,1	90,2	89,8
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	107,3	110,5	111,5	112,2	112,4	115,1	115,4	115,7	115,8
LÖHNE UND GEHÄLTER									
- Effektivverdienste in DM -									
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU									
Bruttowochenverdienste									
männliche Arbeiter	821	866	887
darunter Facharbeiter	860	907	929
weibliche Arbeiter	572	605	615
darunter Hilfsarbeiter	545	579	599
Bruttostundenverdienste									
männliche Arbeiter	20,47	21,82	22,27
darunter Facharbeiter	21,57	22,98	23,44
weibliche Arbeiter	14,65	15,64	15,97
darunter Hilfsarbeiter	13,86	14,88	15,20
Bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	40,0	39,7	39,8
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,0	38,7	38,5
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE									
in Industrie und Hoch- und Tiefbau									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	4 960	5 254	5 341
weiblich	3 433	3 672	3 761
Technische Angestellte									
männlich	5 066	5 393	5 516
weiblich	3 382	3 629	3 725
in Handel, Kredit und Versicherungen									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	3 990	4 190	4 257
weiblich	2 754	2 967	3 032
Technische Angestellte									
männlich	3 753	4 198	4 362
weiblich	(2 700)	(2 629)	(2 593)
in Industrie und Handel zusammen									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	4 297	4 539	4 614
weiblich	2 953	3 192	3 268
Technische Angestellte									
männlich	4 972	5 323	5 450
weiblich	3 371	3 612	3 703

1) Bestand an Krediten und Einlagen am Monatsende. Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken 2) einschließlich durchlaufender Kredite 3) Durchschnitt aus den Beständen in den Monaten März, Juni, September, Dezember 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

Hinweis: *) Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30. 6. 1992			Bevölkerungsveränderung im Juni 1992			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Dezember 1992 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
FLENSBURG	87 469	+ 0,1	+ 0,5	18	101	119	25	-	28
KIEL	248 005	- 0,1	+ 0,6	12	- 252	- 240	99	2	125
LÜBECK	216 485	+ 0,1	+ 0,6	- 63	188	125	85	-	100
NEUMÜNSTER	81 433	+ 0,1	+ 0,7	11	84	95	45	1	63
Dithmarschen	130 731	+ 0,1	+ 0,7	- 28	200	172	69	2	90
Hzgt. Lauenburg	162 882	+ 0,0	+ 1,4	- 46	121	75	57	2	73
Nordfriesland	154 648	+ 0,1	+ 0,8	37	183	220	65	-	80
Ostholstein	192 316	+ 0,2	+ 1,0	- 12	408	396	69	8	90
Pinneberg	273 902	+ 0,1	+ 1,3	46	235	281	96	1	116
Plön	122 844	+ 0,5	+ 1,2	- 2	579	577	37	-	47
Rendsburg-Eckernförde	250 086	+ 0,1	+ 1,0	30	236	266	122	4	168
Schleswig-Flensburg	181 875	+ 0,0	+ 0,7	24	23	47	75	4	120
Segeberg	225 668	+ 0,2	+ 1,5	57	348	405	117	3	157
Steinburg	130 647	+ 1,0	+ 1,6	- 29	1 336	1 307	60	-	73
Stormarn	201 593	+ 0,1	+ 1,1	- 53	303	250	84	-	99
Schleswig-Holstein	2 660 584	+ 0,2	+ 1,0	2	4 093	4 095	1 105	27	1 429

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand ⁵⁾ am 1. 7. 1992		
	Betriebe am 31. 12. 1992	Beschäftigte am 31. 12. 1992	Umsatz ⁴⁾ im Dezember 1992 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁶⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner 7)
FLENSBURG	73	9 385	243	41 944	37 225	426
KIEL	135	21 174	649	115 747	102 914	415
LÜBECK	143	20 029	516	102 184	90 786	419
NEUMÜNSTER	73	9 774	126	42 666	37 705	463
Dithmarschen	69	7 200	312	79 826	65 229	499
Hzgt. Lauenburg	110	8 604	185	96 994	83 837	515
Nordfriesland	56	3 376	87	95 928	78 617	508
Ostholstein	88	6 803	160	109 374	93 932	488
Pinneberg	202	21 168	497	157 544	137 074	500
Plön	46	3 135	58	69 899	59 283	483
Rendsburg-Eckernförde	137	9 832	202	149 727	125 929	504
Schleswig-Flensburg	80	5 426	153	112 095	91 623	504
Segeberg	202	20 440	513	149 655	127 994	567
Steinburg	86	9 488	240	78 377	64 978	497
Stormarn	181	21 012	534	125 768	110 245	547
Schleswig-Holstein	1 681	176 846	4 474	1 527 728	1 307 371	491

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 6. 1992 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr 6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Bevölkerungsstand: 30. 6. 1992

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für Bundesländer

Bundesland	Bevölkerung		Arbeitsmarkt				Verarbeitendes Gewerbe ²⁾			
	Einwohner am 31. 12. 1991		Arbeitslose Ende Dezember 1992			Kurz- arbeiter Mitte Dezember 1992	offene Stellen Ende Dezember 1992	Beschäftigte am 31. 10. 1992		Umsatz ³⁾ im Oktober 1992
	in 1 000	Ver- änderung 1)	in 1 000	Ver- änderung 1)	Arbeits- losen- quote			in 1 000	Mill. DM	Export- quote 4)
		%		%	%					
Baden-Württemberg	10 001,8	+ 1,8	234,9	39,2	5,4	120,3	41,6	1 491	31 015	29
Bayern	11 596,0	+ 1,3	289,7	20,1	5,8	118,2	55,3	1 426	29 292	29
Berlin	3 446,0	+ 0,4	212	5 458	11
Brandenburg	2 542,7	- 1,4	175,0	8,0	14,2	37,9	4,3	144	1 336	8
Bremen	683,7	+ 0,3	33,4	12,4	11,3	7,1	3,4	82	2 426	43
Hamburg	1 668,8	+ 1,0	57,5	- 1,8	7,9	4,9	5,4	133	8 626	12
Hessen	5 037,3	+ 1,3	153,9	22,0	6,2	34,9	19,9	638	13 220	26
Mecklenburg-Vorpommern	1 091,7	- 1,7	152,9	7,9	15,7	14,3	3,6	56	560	10
Niedersachsen	7 475,8	+ 1,1	272,1	10,9	8,8	57,1	22,3	670	18 255	28
Nordrhein-Westfalen	17 509,9	+ 0,9	632,9	13,5	8,7	233,2	52,8	1 962	44 883	25
Rheinland-Pfalz	3 021,2	+ 1,5	103,9	20,2	6,7	27,8	14,4	300	9 010	32
Saarland	1 076,9	+ 0,4	41,1	14,7	9,6	19,6	3,3	133	2 903	31
Sachsen	4 670,9	- 1,8	295,0	6,6	12,7	77,5	10,7	282	2 473	10
Sachsen-Anhalt	2 823,3	- 1,8	207,3	7,5	14,5	50,6	6,3	189	2 010	15
Schleswig-Holstein	2 648,5	+ 0,9	89,5	8,3	8,0	16,2	9,1	180	4 759	26
Thüringen	2 572,1	- 1,5	182,0	10,0	14,5	45,8	4,6	140	1 190	10
Bundesrepublik Deutschland	80 274,6	+ 0,7	8 118	177 416	26
Nachrichtlich:										
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	64 484,8	+ 1,2	2 025,5	17,0	7,4	649,6	237,1	7 261	169 410	27
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	15 789,8	- 1,5	1 100,7	6,1	13,9	233,4	32,9	857	8 006	11

Bundesland	Dauergewerbe		Wohnungs- wesen		Fremdenverkehr ⁵⁾ im September 1992		Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden ⁶⁾ Oktober 1992				
	Beschäftigte am 30. 9. 1992	haugewerblicher Umsatz ³⁾ im September 1992	Zahl der geheim- tigten Wohnungen im September 1992	Ankünfte	Übernachtungen	Unfälle		Verunglückte			
						Anzahl	Ver- änderung 1)	Anzahl	Ver- änderung 1)		
	in 1 000	Mill. DM	Ver- änderung 1)	Anzahl	Ver- änderung 1)	Anzahl	Ver- änderung 1)	Anzahl	Je 100 Unfälle		
		%		%		%					
Baden-Württemberg	181	2 714	+ 15,5	8 844	1 261 965	4 382 797	+ 0,7	3 556	- 4,4	4 834	136
Bayern	253	3 676	+ 11,8	8 746	2 159 514	8 661 456	- 1,7	5 510	+ 3,0	7 518	136
Berlin	62	995	304 636	752 001	- 8,2	1 550	- 6,7	1 817	117
Brandenburg	49	462	129 367	373 439	+ 13,2	1 328	+ 11,0	1 800	136
Bremen	11	151	+ 3,1	206	52 989	99 522	- 6,6	350	- 1,1	408	117
Hamburg	22	415	+ 4,6	700	204 329	390 754	- 0,3	896	+ 17,6	1 167	130
Hessen	91	1 388	+ 13,4	3 383	883 708	2 868 073	+ 0,3	2 448	- 3,1	3 417	140
Mecklenburg-Vorpommern	40	483	757	- 3,4	1 030	136
Niedersachsen	120	2 068	+ 19,4	4 766	935 065	3 702 752	+ 0,4	3 702	+ 1,9	5 041	136
Nordrhein-Westfalen	241	3 228	+ 1,0	8 444	1 220 646	3 664 551	+ 3,8	7 075	+ 3,6	9 243	131
Rheinland-Pfalz	61	879	+ 5,5	2 752	666 866	2 080 890	- 5,5	1 606	+ 2,6	2 224	138
Saarland	17	231	+ 4,7	414	55 035	176 075	+ 4,3	443	+ 6,2	606	137
Sachsen	78	825	1 650	+ 3,9	2 107	128
Sachsen-Anhalt	62	608	96 014	278 185	+ 24,3	1 216	+ 7,2	1 632	134
Schleswig-Holstein	44	617	+ 4,3	1 461	441 972	2 538 422	+ 7,6	1 363	+ 4,0	1 778	130
Thüringen	51	540	184 425	504 815	+ 22,4	962	- 3,4	1 325	138
Bundesrepublik Deutschland	1 384	19 279	34 659	+ 2,5	46 266	133
Nachrichtlich:											
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	1 083	16 122	+ 10,7	40 254	8 111 153	29 126 174	+ 0,1	28 220	+ 2,3	37 742	134
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	300	3 158	6 439	+ 3,3	8 524	132

1) gegenüber Vorjahresmonat 2) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 3) ohne Umsatzsteuer 4) Anteil des Auslandsumsatzes am gesamten Umsatz in % 5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten 6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- () = Zahlen haben eingeschränkte Aussagefähigkeit
- ≙ = entspricht

003/1

HERRN
HAUPTMANN
- 400 A -

---- IM HAUSE